das in der Partei führen, wenn dieses Schlagwort einreißt? (Sehr richtig!) Wir müssen annehmen, daß die Leute, die berufsmäßig in den Kreisen und Bezirken sich mit der Politik und der Ausführung der politischen Aktionen zu befassen haben, politisch befähigte Leute sein müssen und nicht zu den Bureaukraten geworfen werden können. (Sehr richtig!) Die Kommission hat sich sehr eingehend mit der Frage der Vermehrung der Beisitzer befaßt. Sie ist der Ansicht, daß die Anregung der Frankfurter Genossen nicht durchführbar ist, daß der Partei damit nicht gedient ist, wenn monatlich einmal neun bis zwölf Personen nach Berlin kommen, um als politischer Beirat neben dem Parteivorstand zu funktionieren. Sie war der Meinung, daß so, wie die Dinge praktisch liegen, auch nicht die Rede davon sein kann, daß aus der Nähe von Groß-Berlin, aus Halle, Leipzig, Magdeburg, Parteigenossen zu den regelmäßigen Vorstandssitzungen kommen. Denn wir haben in der politischen Hochsaison in der Woche manchmal zwei, drei und mehr Sitzungen gehabt. Die Genossen müßten also fortwährend etwa zwischen Halle und Berlin unterwegs sein, wenn sie an den Sitzungen teilnehmen wollten. Man hat weiter ausgeführt, daß es möglich sei, die politischen Dinge von den Verwaltungsdingen zu trennen. Das geht nicht im Bezirk, nicht im Kreise, nicht in der Zentrale. (Sehr richtig!) Wer diese Trennung von Verwaltungsarbeiten und von politischen Arbeiten bei uns vornehmen will, der versteht nichts von Verwaltung und erst recht nichts von Politik. (Heiterkeit und Beifall.) Deshalb hat auch die Konferenz der Landes- und Bezirksvorstände diesen Gedanken ganz einmütig abgelehnt. Nun ein Wort über die reaktionären, konservativen Tendenzen, die darin liegen sollen, daß man den bestehenden Zustand aufrechterhalten will. Das soll konservativ sein, und es soll demokratisch sein, wenn der Zustand herbeigeführt wird, den Ledebour wünscht. Wir brauchen uns über diese Worte nicht zu streiten, ich habe hier einen Schwurzeugen, die „Neue Preußische" oder „Kreuzzeitung" vom 2. Juni 1912. Sie muß ja schließlich wissen, was reaktionär ist. Sie druckt aus dem „Neuen-Zeit"-Artikel Ledebours die Stelle ab: „Solche Personen mögen ein sehr brauchbares Beamtenpersonal abgeben, sie eignen sich aber nicht gerade zu Vorkämpfern der radikalen Klassenkampfpartei des Proletariats." Dazu schreibt die „Kreuzzeitung": „Das sind ja ganz merkwürdige Zustände in einer proletarischen Parteileitung. Da sollten sich die Genossen die Reaktionäre zum Muster nehmen, bei denen das bureaukratische Element in der Parteileitung gar nichts zu tun hat." — Das ist die wirklich reaktionäre Auffassung der „Kreuzzeitung", eng verknüpft mit der Ledebours. (Heiterkeit.)

Gegen den Parteiausschuß sind wesentliche Einwände diesmal nicht gemacht worden. Der einzige bemerkenswerte war der, man möchte alles beim alten lassen. Gestern habe ich bereits gesagt, daß ein ganz anderer Rechtsboden für diese Konferenz, die wir jetzt Parteiausschuß nennen, vorhanden ist, als früher der Fall war. Man hat auf die große Gefahr hingewiesen, die unserer Partei durch eine Begünstigung des föderalistischen Prinzips erwachsen könnte. Wer das Organisationsstatut gelesen hat, das wir jetzt haben, wird gefunden haben, daß unsere ganze Partei, die zentralistisch ist, aufgebaut ist auf den Bezirks- und Landesorganisationen. Eine Begünstigung des föderalistischen Elements kann also das neue nicht sein. Dann ist eine Frage aufgeworfen, auf die ich a priori gestern eingegangen bin, nämlich, ob etwa im Parteiausschusse Fragen erledigt werden können, wie die über die Abstimmung beim Budget. Es ist unmöglich, daß solche Fragen dort anders entschieden werden können, als durch den Parteitag. Kein Parteitag würde sich das gefallen lassen, und kein Parteivorstand würde sich über die Beschlüsse des Parteitags hinwegsetzen, selbst wenn der gutachtliche Beirat das beschließen würde,

den wir im Parteiausschuß in Zukunft haben. Man hat gesagt, man werde schon sehen, wie der Hase läuft. Der Hase wird noch lange nicht so laufen, wenn selbst ein Parteiausschuß das beschließen würde.

Ich bitte Sie zum Schluß, dem Antrag Ihrer Kommission zu folgen, alle Anträge abzulehnen und die Resolution 195 und die Resolution Lipinski über die Neugestaltung der Bezirke dem Parteivorstand und dem Parteiausschuß zu überweisen. Ich bitte Sie, im Interesse der Besserung unserer Kampfstellung den Gegnern gegenüber, zu beschließen, daß wir diese bessere Zusammenfassung der Partei heute schaffen zum Nutzen der sozialdemokratischen Bewegung. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Haase: Wir kommen zur Abstimmung. Eine Spezialberatung findet nicht statt, weil alle Anträge zur Erörterung gestanden haben.

Zubeil zieht den Antrag 76 zurück, weil er seine Erledigung gefunden habe.

Antrag 196 wird angenommen. Damit ist Antrag 18 erledigt.

Vom Antrage 203 wird die beantragte Aenderung des § 7 angenommen, die beantragte Aenderung des § 14 aber abgelehnt. Der gesamte Entwurf wird dann en bloc mit allen gegen 8 Stimmen angenommen. Die Resolution 195 und der Antrag 207 werden ebenfalls angenommen. — Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Vorsitzender Haase: Neben vielen Telegrammen aus dem In- und Auslande, die dem Protokoll beigefügt werden, ist folgendes Telegramm aus Plauen eingegangen, das von aktuellem Interesse ist: „8000 Arbeiter und Bürger demonstrierten in den Straßen Plauens gegen die kommunale Wahlrechtsschändung. Unter brutaler Gewalt versuchte die Polizei, mit dem Säbel dieses Vorhaben zu vereiteln. Die Demonstrierenden wünschen dem Parteitag einen guten Verlauf." (Beifall.)

Darauf tritt um 1 Uhr die Mittagspause ein.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender Haase eröffnet die Sitzung. Zur Verhandlung steht Punkt 5:

Die Reichstagswahlen.

Scheidemann: Zum sechsten Male seit dem Falle des Sozialistengesetzes kann ein deutscher Parteitag den Bericht über allgemeine Reichstagswahlen entgegennehmen. Zum sechsten Male können wir feststellen, daß die Kraft unserer Parole sich im Wahlkampfe glänzend bewährt hat. „Die Sozialdemokratie ist eine vorübergehende Erscheinung," so hieß es früher. „Die Sozialdemokratie hat ihren Höhepunkt überschritten," so sagte man 1890, 1893, 1898, 1903 und 1907. 1912 hat man es nicht mehr gesagt. Nach den Wahlen vom Januar dieses Jahres war wohl alle Welt überzeugt, daß die Machtzunahme der Sozialdemokratie in steigendem Maße sich fortsetzt, gleichsam nach unabänderlichen Gesetzen. Der Rückschlag, den unsere Partei 1907 erlitten hatte, als was erscheint er jetzt anders, wenn wir zurückblicken, denn eine Wolke, die für einen Augenblick unseren Stern verhüllte, ihn aber nicht am weiteren Aufstieg verhindern konnte. Der Schmerz unserer Gegner nach den diesmaligen Wahlen wäre wohl weniger groß gewesen, wenn der Sprung, den wir machen konnten, nicht ein gar so großer gewesen wäre. Und auch die Liberalen hätten meines Erachtens wohl nicht allzuviel zu verlieren gehabt,

wenn wir schon 1907 eine Mandatszahl errungen hätten, die wenigstens einigermaßen den Stimmen, die wir damals bekommen haben, entsprochen hätte. Bei den viel bejubelten Blockwahlen von 1907 waren es doch, wie immer wieder festgestellt werden muß, die Liberalen, die sich selbst die Rute gebunden haben, mit der sie nachher so schwer gezüchtigt worden sind. Eine Finanzreform, wie wir sie jetzt haben, wäre niemals Wirklichkeit geworden, wenn bei den Wahlen vor fünf Jahren die Liberalen nicht dutzendweise die Mandate den preußischen Junkern zugeschanzt hätten. Wenn damals 50 Sozialdemokraten mehr und ebensoviel Konservative und Zentrumsleute weniger gewählt worden wären, dann hätte sich zweifellos manches anders gestaltet. Von „höheren Gesichtspunkten" ist sehr oft gesprochen worden unter Hinweis auf die Experimente, die damals gemacht worden sind seitens unserer Gegner. Ich will kein Hehl daraus machen, daß auch ich sage, von höheren Gesichtspunkten aus betrachtet hat es jedenfalls unserer Partei nicht zum Schaden gereicht, daß damals unsere Gegner so überaus törichte Politik gemacht haben. Jedenfalls steht das eine fest, daß unser angeblicher Ueberwinder, der Fürst Bülow, von dem kaum noch ein Mensch redet, 1907 das Sprungbrett für uns gezimmert hat, das uns 1912 dann so glänzende Dienste leistete. Sie werden von mir nicht erwarten, daß ich über die Tatsachen der Wahl, die Ihnen alle bekannt sind, mich hier in Einzelheiten ergehe. Was gesagt werden mußte über die von unserer Partei geleistete Arbeit in bezug auf die Verbreitung von Flugschriften, Abhaltung von Versammlungen usw., ist alles enthalten in dem Ihnen vorliegenden schriftlichen Bericht. Außerdem ist er ergänzt worden durch die Reden der Genossen Ebert und Braun. Sie werden auch nicht von mir erwarten, daß ich in Ausdrücken überschwenglicher Freude über unseren großen Wahlsieg mich ergehe. Gewiß weiß ich, daß es keinen hier im Saale gibt, der sich nicht von ganzem Herzen gefreut hat, als die Wahlresultate bekannt wurden. (Beifall.) Das müßte ein merkwürdiger Parteigenosse sein, dessen Herz in dem Bewußtsein, daß jeder dritte Mann, der zur Wahlurne gegangen ist, sozialdemokratisch gewählt hat, nicht höher geschlagen hätte. (Beifall.) Aber wir wollen davon absehen, in freudigen Gefühlen zu schwelgen. Das ist ja gerade mit ein Teil der Größe unserer Bewegung, daß wir niemals Zeit gefunden haben, uns aufs Faulbett zu legen in dem Gefühl, wie herrlich weit wir es schon gebracht haben. Wir müssen stets bestrebt sein, aus unseren Niederlagen wie aus unseren Siegen zu lernen. Es ist gut und gesund für unsere Partei, daß jeder Hurrastimmung, die etwa aufkommen könnte, von vornherein begegnet wird durch nüchterne Betrachtungen und durch die jederzeit bei uns einsetzende Kritik. Nur so können wir die Kraft gewinnen, die wir in den neuen Kämpfen brauchen. Nur so wird es möglich sein, daß wir wachsen mit unseren neuen Aufgaben.

Vor und nach jeder Wahl hat uns immer das Problem der Stimmen- und Mandatszahl beschäftigt. Die einen haben immer gegenüber der Stimmenzahl und der Ueberzeugungskraft unserer Anhänger die Zahl der Mandate sehr gering eingeschätzt. Andere wiederum haben, wie mir scheint, ein zu großes Gewicht auf die Mandatszahl gelegt. Nun meine ich, darüber könnte wahrhaftig Klarheit bei uns bestehen, daß selbstverständlich die Massen, die hinter uns stehen, unser Kraftmesser sind; daß die Zahl unserer Anhänger und ihre Ueberzeugungskraft einzig und allein die Siege verbürgen können, die wir erkämpfen wollen. (Lebhafter Beifall.)

Aber deshalb kann und darf man doch die Mandate nicht als nebensächlich und bedeutungslos einschätzen. (Sehr richtig!) Wir haben gerade im Interesse der werktätigen

Bevölkerung alles zu tun, was wir tun können, um in den gesetzgebenden Körperschaften so stark als irgend möglich vertreten zu sein. (Lebhafte Zustimmung.)

Wie haben sich nun die Dinge bei uns im Reiche entwickelt? Wir haben immer viel weniger Mandate gehabt, als uns nach der Stimmenzahl hätten zukommen müssen. Auch bei der letzten Reichstagswahl hätten wir bei einem Proportionalwahlsystem statt 110 etwa 140 Vertreter im Reichstage haben müssen. Bei allen Wahlen haben die Regierungen und die konservativen Parteien die ihnen günstige Wahlkreiseinteilung und unsere grundsätzliche Isoliertheit, die sich aus unserer Eigenschaft als Klassenpartei ergibt, sich zunutze gemacht, um uns nicht hochkommen zu lassen, um nach Möglichkeit zu verhindern, daß Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt wurden. Sie haben sich die größte Mühe gegeben, um durch Kunststücke aller Art die Sozialdemokratie niederzuhalten und das Wahlergebnis zu fälschen. Was ist demgegenüber unsere Aufgabe? Sie ergibt sich nicht allein aus dem augenblicklichen Parteiinteresse, sondern auch aus unserer ganzen grundsätzlichen demokratischen Auffassung: wir müssen uns gegen derartige Bestrebungen kräftig wehren. Wir dürfen uns unter keinen Umständen unterkriegen lassen; wir müssen alles tun, was wir können, um dem Volke den Reichstag zu geben, den das Volk haben will. (Sehr gut!) Den Reichstag, den das Volk haben wollte, konnten wir uns am Abend des 12. Januar sehr genau vorstellen; denn die Stimmenabgabe war wahrhaftig deutlich genug gewesen. (Lebhafte Zustimmung.) Was für einen Reichstag das Volk aber bekommen würde, das stand auf einem ganz anderen Blatt! (Lebhafte Zustimmung.) Sofort nach den Wahlen, die für uns einen so glänzenden Ausgang genommen hatten, ging das Treiben bei unseren Gegnern los, um für die Rechte soviel Mandate als möglich herauszuschinden, den Sozialdemokraten aber möglichst viel von dem zu nehmen, was ihnen nach dem Spruche des Volkes zukommen sollte. Der Zweck der Uebung war klar: es sollten Dreiklassenwahlen gemacht werden ohne das Dreiklassenwahlrecht. (Sehr gut!) Nun, die Bemühungen unserer Gegner, uns an die Wand zu drücken, wie in früheren Jahren bei den Stichwahlen, sind zum guten Teil abgeschlagen worden. Die Experimente sind diesmal den Herrschaften zum großen Teil vorbeigelungen. Ich bin unbescheiden genug, zu sagen, daß ein kleiner Teil des Verdienstes da wohl unserer Parteileitung zuzusprechen ist. (Sehr richtig!) Von den 12¼ Millionen Stimmen, die am 12. Januar abgegeben worden waren, erhielten Konservative, Reichspartei, Zentrum und Antisemiten zusammen 3¾ Millionen, das waren immerhin noch 400 000 Stimmen weniger, als wir für uns allein bekommen hatten. (Hört! hört!) Trotzdem bestand die große Gefahr, daß je nach dem Ausgang der Stichwahlen die schwarzblaue Parteikoalition als Mehrheit in den Reichstag zurückkehren könnte! Diese Parteien hatten zusammen rein zahlenmäßig nach den von mir schon wiedergegebenen Stimmen einen Anspruch auf insgesamt 127 Mandate, hatten aber in der Hauptwahl schon 116 errungen. Wir Sozialdemokraten dagegen hatten bei einem zahlenmäßigen Anspruch auf 138 im ganzen nur 64 Mandate errungen. Und die Liberalen? Die hatten bei 3¼ Millionen Stimmen sage und schreibe 4 Mandate erobert. Ich glaube mit Recht sagen zu können, daß schlimmer, als der Liberalismus unter der Ungerechtigkeit des herrschenden Wahlsystems hat leiden müssen, keine Partei jemals getroffen werden kann. (Sehr richtig!) Nach dem Proporzrecht hätten die Liberalen 107 Mandate bekommen müssen, die Rechte 127 und wir Sozialdemokraten 138. Trotzdem haben die Liberalen — nämlich die Nationalliberalen, denn die fortschritt-

liche Volkspartei hatte ja überhaupt kein Mandat errungen! — nur 4 Mandate bekommen. Nun beachten Sie, wie die Situation war und dann überlegen Sie, was auf dem Spiele stand, als wir vor die Frage gestellt wurden, was nun? Ich frage Sie, hätten wir es verantworten können, daß die vom Volke verurteilte blauschwarze Parteikoalition, dem klar ausgesprochenen Volkswillen zum Hohn und Trotz, wiederkehrte als Mehrheit im neuen Reichstag? Nein, wir hätten es nicht verantworten können! (Sehr richtig!) Es war unsere Pflicht, den Wahlfälschern, die uns um die uns zukommenden Mandate durch taktische Manöver betrügen wollten, gehörig in die Parade zu fahren. Dem klar und deutlich ausgesprochenen Willen des Volkes in bezug auf die Zusammensetzung des Reichstags, soweit es irgend möglich war unter dem bestehenden Gesetz, Geltung zu verschaffen, das war in der damaligen Situation unsere zwingende Aufgabe. (Großer Beifall.) Das war nicht nur unsere Pflicht deshalb, weil die große Wählerschaft von 4¼ Millionen für uns eingetreten war, es war auch unsere Pflicht, weil wir dabei im Sinne der organisierten Partei handelten. Wir mußten den klar ausgesprochenen Willen unserer Parteipresse, unserer Parteiorganisationen respektieren. Wir mußten aufrechterhalten und in die Tat umsetzen, was wir im Reichstage oft gesagt hatten. Inmitten des großen politischen Kampfes, den wir zu führen hatten und während dem wir selbstverständlich grundsätzliche sozialdemokratische Politik und Agitation betrieben haben, — ich sage: in diesem großen politischen Kampfe stand doch als nächstes Ziel die Niederschlagung des blau-schwarzen Blocks! (Lebhafte Zustimmung.)

Ich will mich auf einige Aeußerungen der Parteipresse beziehen. Es hat Auseinandersetzungen gegeben über das Stichwahlabkommen und da ist später gesagt worden, nämlich dann, als wir schon vom Rathause heruntergekommen waren (Heiterkeit), man hätte alles ganz anders machen müssen. Das sei gar kein „Ziel" gewesen: die Bezwingung des schwarz-blauen Blockes. Andere Genossen waren mit uns anderer Meinung. Hören Sie: Mehring hat in der „Neuen Zeit" vom 24. Februar 1911 geschrieben: Die Sozialdemokratie hat längst vor dem Junkertum „klar zum Gefecht" gemacht. Sie ist zu einem taktischen Wahlbündnis mit dem Liberalismus bereit, um die Macht des Junkertums zu brechen. (Hört! hört!) In der „Neuen Zeit" vom 17. März war zu lesen: Die Ausführungen, die wir vor einigen Wochen über die Notwendigkeit machten, daß der Freisinn, wenn er überhaupt noch etwas bedeuten wolle, ein taktisches Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie schließen müsse, werden von der „Kreuzzeitung" im Sinne eines heißen Liebeswerbens um die Gunst des Freisinns ausgelegt usw. Mehring schreibt dann später in der „Neuen Zeit" vom 24. März in einer Polemik gegen den fortschrittlichen Abgeordneten Naumann, der wieder einmal gegen die Sozialdemokratie wegen ihres Klassenstandpunktes sich gewandt hatte: Hoffentlich bildet er sich nicht ein, daß seine Donnerkeile der Arbeiterpartei auch nur ein Haar krümmen, aber wenn man billig genug denkt, ihm diese Torheit nicht zuzutrauen, so haben seine Tiraden nur die Wirkung, daß hier der schwarz-blaue Block das Spiel, der — seitdem eine freisinnig-sozialdemokratische Taktik ins Bereich der Möglichkeit gerückt ist usw. usw. (Hört! hört!) An anderer Stelle war gesagt worden am 7. April in der „Neuen Zeit": Die Sprengung des schwarz-blauen Blocks ist die absolute Forderung des Tages, und wenn sie nur dadurch erreicht werden kann, daß wir in der Stichwahl die freisinnigen Kandidaten heraushauen, so ist es unsere

Pflicht und Schuldigkeit, es zu tun gegen die allerbescheidensten Garantien. (Lebhaftes Hört! hört!) Ich darf vielleicht auch daran erinnern, daß es in dem von der Reichstagsfraktion und dem Parteivorstand gemeinsam veröffentlichten Wahlaufruf, nachdem das Volk auf die Verbrechen des schwarz-blauen Blockes hingewiesen war, klar und deutlich hieß: „sorgt für eine andere Mehrheit im Interesse des Volkes!"

Das alles gehört zu den Gründen, die uns veranlaßten, das Stichwahlbündnis mit der fortschrittlichen Volkspartei einzugehen. Hätten wir anders gehandelt, hätten wir, wie es manche uns nachher empfohlen haben, darauf verzichtet aus diesen oder jenen Gründen, hätten wir zugesehen, wie die preußischen Junker, die soeben hinausgejagt worden waren vom Unwillen der Wähler, dennoch die Sitze im Reichstag einen nach dem anderen wieder eingenommen hätten, dann hätten wir gehandelt wie ein Befehlshaber, der die Festung dem Feinde ausliefert und die Schlüssel ihm entgegenschickt. Dann hätten wir gehandelt wie die preußischen Junker 1806. Dann hätten wir uns als durchaus unfähige Politiker gezeigt, als sehr „unpolitische Köpfe", und dann hätten Sie uns zum Teufel jagen müssen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben es nicht getan, wir haben den Wahlfälschern das Konzept verdorben, wir haben getan, was die Not, die Gefahr des Augenblicks damals erheischte.

Was uns in das Stichwahlabkommen hineintrieb, war aber noch etwas anderes: wer in bestimmten Situationen nicht entschlossen als handelndes Subjekt auftritt, der wird unter Umständen im Handumdrehen zum Objekt der Handlungen anderer gemacht (Sehr gut!), und die Junker waren damals schon dabei, uns als Objekte ihrer Revolverpolitik gegenüber den Liberalen zu benutzen. Durch die Drohung, daß sie in den Stichwahlkämpfen zwischen Freisinn und Sozialdemokratie Gewehr bei Fuß stehen wollten und durch die etwas mehr verblümte Drohung, daß trotz dieser „Gewehr-bei-Fuß"-Taktik das eine oder andere Gewehr in der Richtung nach den Liberalen dennoch losgehen könnte, durch diese Drohungen sollten die Liberalen in Angst und Schrecken versetzt werden, sie sollten gewonnen werden für die schwarzblauen Herrschaften, um dem Block wieder auf die Beine zu helfen. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich hier sage, daß damals die konservativen Katilinarier und Katastrophen-Spekulanten sich mehr als verdächtig in jeder Beziehung verhalten haben. Sie wissen aus den Zeitungsberichten, daß Agenten der schwarzblauen Parteien an verschiedenen Stellen auch versucht haben, sich bei uns anzubiedern. Wenn ich denke an Parchim-Ludwigslust, an Arnswalde-Friedeberg, auch schließlich an andere schöne Gegenden, und mir vorstelle, daß man sich in jenem Lager schon allerlei Hoffnungen gemacht hat, obwohl wir uns jederzeit gänzlich ablehnend verhalten haben solchen Versuchen gegenüber, dann frage ich mich: Was würden wir alles für Kuhhandel angeboten kriegen, wenn wir auch nur ein ganz klein bißchen Entgegenkommen zeigen würden! Wenn wir nicht trotzdem zum Werkzeug der konservativen Erpresserpolitik uns machen lassen wollten, dann war noch ein anderes nötig, und das ist die zwar nicht allzuviel, aber sehr heftig kritisierte Dämpfung des Wahlkampfes in 16 Kreisen. Außerordentliche Situationen erfordern außerordentliche Mittel. Wir haben mit der Dämpfung zu einem außerordentlichen Mittel gegriffen. Ich glaube aber auch, Ihnen den Beweis geliefert zu haben, daß wir uns in einer ganz außerordentlichen Situation befunden haben. Wären die Umstände nicht so außerordentlich gewesen, dann wäre ja das Spiel in den 16 Kreisen, soweit es sich um die Mandatsfrage handelt, für uns nach der Hauptwahl ohnedies verloren gewesen. Ueberall stand uns in diesen 16 Kreisen eine kompakte bürgerliche Mehrheit gegenüber. Es gab keine

Möglichkeit, durch Anwendung anständiger, grundsätzlich erlaubter Mittel die Mehrheit, die uns entgegenstand, zu unseren Gunsten zu brechen. (Sehr richtig!) Ueberall handelte es sich doch um Wähler, die der Rechten angehören, die entscheiden sollten zwischen uns und den Freisinnigen. Daß diese bürgerlichen Wähler, Konservative, Antisemiten usw., bei der Stichwahl für die Sozialdemokratie gewonnen werden sollten, ich weiß wirklich nicht, Parteigenossen, wie man das hätte erreichen wollen, es sei denn — und damit komme ich auf ein sehr interessantes Kapitel —, daß die bürgerlichen Wähler von der Rechten zu schäbigen Wahlmanövern zu unseren Gunsten sich hätten gebrauchen lassen. Das war auch der große Trumpf, den die schwarzblauen Revolverpolitiker den Liberalen gegenüber immer in der Hand hatten, und dieser große Trumpf wurde den Konservativen durch unsere Taktik aus der Hand geschlagen. (Sehr richtig!) Was war denn der Sinn der Dämpfung? Daß wir erklärten: Wir beabsichtigen nicht, die Hilfe politischer Intriganten in Anspruch zu nehmen. (Zustimmung.) Daß wir keinen Anspruch darauf machen wollten, auf konservativen oder antisemitischen Krücken in den Reichstag zu humpeln. (Beifall.) Daß wir nicht bereit waren, üble Manöver mitzumachen, die letzten Endes sich doch nur gegen uns gerichtet hätten. (Sehr richtig!) So kam das Stichwahlabkommen zustande, als das Produkt unseres ungerechten Wahlsystems und der Taktik des preußischen Junkertums. Hätten wir ein Wahlsystem, das Stichwahlen ausschließt, und hätten wir es mit weniger skrupellosen Gegnern zu tun, dann natürlich hätten wir ein Stichwahlabkommen nicht abschließen brauchen, und das wäre sicherlich das beste gewesen.

Gegen die Dämpfung namentlich sind diese Einwände gemacht worden: man hat hingewiesen auf zwei Kreise, die trotz der Dämpfung für unsere Partei erobert worden seien, Hagen und Nordhausen. In der Rede einer Genossin wurde gesagt: „Von jenen 16 Wahlkreisen, die wir selbst der Fortschrittspartei preisgegeben haben, haben wir zur Ueberraschung der Welt zwei gewonnen. Es hieß, es seien aussichtslose Kreise; wie ist das gekommen? Als am ersten Stichwahltage die erschütternde Kunde von dem Verrat der Fortschrittler gekommen ist, da haben unsere Genossen gesagt: Hol der Teufel das ganze Abkommen! Und sie haben gesiegt." (Heiterkeit.) So soll man eigentlich keine Geschichte machen. (Sehr richtig!) Wenn in beiden Kreisen gesiegt wurde, so wurde nicht gesiegt trotz der Dämpfung, sondern infolge der Dämpfung. (Sehr richtig!) Das wollen wir doch als ehrliche Leute sagen und uns kein X für ein U machen. Hagen war gewissermaßen nur bedingungsweise in das Abkommen eingeschlossen, und es wurde sofort auf den Wunsch der dortigen Genossen wieder ausgenommen. Darüber will ich jetzt nicht weiter reden, aber über Nordhausen. Ueber Nordhausen um deswillen schon, weil Genosse Cohn es mit zu seinen Aufgaben gemacht zu haben scheint, in seinem Wahlkreise möglichst viel Resolutionen zu extrahieren gegen unser Stichwahlabkommen.

Wie lagen denn die Dinge im Wahlkreise Nordhausen? Bei der Hauptwahl hatte Cohn 7462 Stimmen bekommen, der Freisinnige 5208 und der Antisemit 3811. Nun ist keiner hier im Saale, der bezweifeln wird, daß Genosse Cohn nicht nur ein außerordentlich tüchtiger Mensch, sondern auch ein guter Parteigenosse, ein glänzender Agitator ist. Wir waren alle überzeugt, daß wenn einer im Kreise Nordhausen etwas herausholen konnte, er es wäre. Aber daß er der Mann sein sollte, der es verstand, sogar Kriegervereine für sich mobil zu machen, das hätte keiner angenommen, das schien uns über seine Kraft zu gehen. (Heiterkeit.) Er soll es trotzdem fertig gebracht haben. Wir haben in der Presse gelesen, daß mit einer wahren Begeisterung Kriegervereinler die Parole für Cohn ausgegeben haben sollen. (Heiterkeit.) Vor der Hauptwahl lagen die Dinge so: auf der einen Seite stand der Antisemit, der Judenfresser, auf der anderen Seite Dr. Cohn, und zwischen beiden stand der Kandidat der Fortschrittlichen, Dr. Wiemer. Dr. Cohn kennen Sie alle, Dr. Wiemer werden Sie nicht alle kennen, ich will Ihnen deshalb sagen, wie er ungefähr zu charakterisieren ist. Wer Dr. Wiemer jemals gehört hat oder ihn sieht in seinem ganzen Gehaben, der wird zu der Ueberzeugung kommen, an dem Mann ist jeder Zoll ein Kriegervereinsmitglied. (Sehr gut! und Heiterkeit!) Demgegenüber hatte unser Genosse Cohn nach meiner Ueberzeugung einen sehr schweren Stand, soweit es — auf die Hilfe der Kriegervereine ankam. (Heiterkeit.) Selbstverständlich ist, daß die Antisemiten vor der Hauptwahl mit all den Argumenten, mit denen sie ihre Wahlkämpfe führen, arbeiteten und die Parole ausgaben: Gegen Juden und Sozialdemokraten! Mit Gott für König und Vaterland! Wählt den und den! Dann kam das Stichwahlabkommen. Da wollten die Antisemiten einen Kuhhandel entrieren zwischen Nordhausen und Eschwege-Schmalkalden. In Eschwege-Schmalkalden sollten die Freisinnigen den Antisemiten Raab unterstützen und dafür sollte in Nordhausen dann Dr. Wiemer von den Antisemiten herausgehauen werden. Daraus wurde natürlich infolge unseres Abkommens nichts. In Eschwege unterstützten die Freisinnigen unseren Genossen Thöne, der auch gewählt wurde. Nun hieß es aber „Rache, Blutwurst!" in Nordhausen. Die Kriegervereinler kamen natürlich in die schwerste Kalamität, was sollten sie nun machen? Sie eilten, wie in der Presse versichert worden ist, in hellem Entsetzen und großer Wut hier zum Amtsvorsteher, dort zum Offizier a. D. Soundso, wieder an anderer Stelle zum einflußreichen Kriegervereinler Soundso und fragten, was machen wir nun? Da soll einer, der sich noch am diplomatischsten ausgedrückt zu haben scheint, gesagt haben: „Ich habe heute meinen roten Tag, macht was Ihr wollt!" (Heiterkeit.) Ein anderer aber wurde angeblich vor eine viel kritischere Frage gestellt. Dem soll gesagt worden sein: Ja, Sie wissen doch, daß wir wegen der früheren Wahlen, weil man angenommen hat, wir hätten Sozialdemokraten im Kriegerverein, bis jetzt noch kein Fahnenband bekommen haben. Darauf soll die Antwort gefallen sein: „Wählt den Cohn, dann kriegt Ihrs Fahnenband!" (Stürmische, anhaltende Heiterkeit.) Also die Parole hatte sich vollständig geändert. Vor der Hauptwahl, ehe man eine Ahnung von unserem Stichwahlabkommen hatte, hieß die Parole: „Mit Gott für König und Vaterland!" Nach der Hauptwahl hieß die Parole: „Mit Gott für Cohn und Vaterland, ohne Cohn kein Fahnenband!" (Erneute stürmische Heiterkeit.)

Man soll uns doch nicht kommen und sagen, man hätte dadurch, daß man besonders tapfer kämpfte und auf unsere Parole pfiff, die Leute zu Sozialdemokraten gemacht zwischen Haupt- und Stichwahl. Man soll uns mit solchen Argumenten vom Leibe bleiben. (Beifall.) Stichwahlentscheidungen und Stichwahlabkommen haben selbstverständlich immer etwas Unerquickliches an sich, und unerquicklicher war doch das diesmalige Abkommen auch nicht als das von 1907. (Sehr richtig!) Waren wir damals nicht auch dazu gezwungen? Man soll doch nicht den Blick verlieren für politische Notwendigkeiten. Warum verlangen wir denn den Proporz? Um uns und auch die anderen vor derartigen Uebereinkommen zu bewahren. Je mehr es uns möglich ist, auch unter dem bestehenden Wahlgesetze schon dem Volke nahezu soviel Mandate zu schaffen, wie es beanspruchen kann auf Grund seiner Stimmen, um so mehr nehmen wir doch den Gegnern die Argumente aus der Hand gegen den Proporz.

Ein unmittelbarer Erfolg des Stichwahlabkommens war, daß die Sammlung aller bürgerlichen Parteien vereitelt worden ist. (Sehr richtig!) Das hat doch auch einige politische Bedeutung. Kurz nach der Hauptwahl rief Bethmann die Vertreter der bürgerlichen Parteien zum Kuhhandel zusammen an die würdigste Stätte, die er dafür finden konnte, in das Dreiklassenhaus. Da kamen Konservative, Reichsparteiler Zentrumsmänner und Antisemiten zusammen, um zu beraten, wie die Sozialdemokraten am besten geschädigt werden könnten. Dadurch, daß das Stichwahlabkommen mit den Freisinnigen im Gange war, und dadurch, daß sogar die Nationalliberalen nur den Kopf in die Tür hineinsteckten und sofort wieder verschwanden, als sie sahen, daß bloß die Blockparteien ohne die Freisinnigen dort saßen, ging die Sammlung in die Brüche. Nun kamen die Stichwahltage, deren Entscheidung Sie alle kennen. Die Sozialdemokratie wurde zum erstenmal zur stärksten Partei im Reichstag. Das Zentrum wurde an die zweite Stelle gedrückt, und von einer sicheren Mehrheit — ich will mich ganz vorsichtig ausdrücken — des schwarzblauen Blocks konnte doch keine Rede mehr sein. (Beifall.) Das war doch zunächst ein sehr wesentlicher Erfolg. Seit dem Jahre 1878 sind die Rechtsparteien im Reichstag niemals so schwach gewesen wie jetzt. Und ich meine, damit sollen sie nur ihren vorläufigen Tiefstand erreicht haben; wir wollen dafür sorgen, daß sie noch weiter herabgedrückt werden. (Sehr gut!) Alle Kraft müssen wir daran setzen, dieses Ziel zu erreichen, und ich hoffe, daß uns kein verständiger Parteigenosse dabei in den Arm fallen wird. (Lebhaftes Sehr wahr!)

Und nun die Liberalen! Wir haben sie im Wahlkampfe grundsätzlich bekämpft, aus den Städten und Industriegegenden verdrängt, hineingetrieben in die Domänen der preußischen Junker, wo sie sich neue Jagdgründe suchen mußten. (Sehr gut!) An dieser Taktik müssen wir festhalten. Die Liberalen sollen wissen, daß sie wenig Aussicht haben, uns von dem, was wir besitzen, etwas wegzunehmen. Wollen sie weiter die Junker verdrängen, in deren „sichere" Wahlkreise Bresche schlagen, dann können sie sich auf unsere Hilfe verlassen, dann werden wir ihnen gern behilflich sein. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Trotzdem sollen wir nun durch das Stichwahlabkommen unsere grundsätzliche Kampfstellung gegenüber dem Liberalismus verschleiert und verschachert haben. (Heiterkeit.) Genossen, es ist ein sehr unerquickliches Kapitel, auf das ich wenigstens mit einigen Worten zu sprechen kommen muß. Was sind alles für böse Worte über das Abkommen und über diejenigen gefallen, die sich verpflichtet hielten, es zu treffen. In einem Parteiblatt wurde in einer Betrachtung über das Wahlabkommen gesagt: „Wir müssen in allen Situationen für unsere Grundsätze eintreten. Wir dürfen keine Mandate erschleichen und erschachern, denn dadurch sägen wir den Ast ab, auf dem wir sitzen. Würde der Parteivorstand dieses alten Grundsatzes beim Abschluß des Abkommens eingedenk gewesen sein . . . usw." Dem Parteivorstand wird doch da ohne weiteres Preisgabe unserer Grundsätze unterstellt, er wird hingestellt als eine Korporation, die gewissenlos genug ist, Mandate zu erschleichen und zu erschachern! (Auf einen fragenden Zuruf antwortet der Redner, daß die zitierte Stelle in der „Bremer Bürgerzeitung" gestanden habe. Lebhafte Heiterkeit.) Ich will kein Wort weiter darüber sagen, aber auch andere böse Worte sind nicht nur geschrieben, sondern geredet worden. In einer Berliner Versammlung sprach am 31. März ein Genosse — nachdem er die Binsenwahrheit gesagt hatte, daß in dem Stimmengewinn die politische Bedeutung des Wahlsieges liege — folgendes: „. . . das ist die politische Bedeutung, nicht die künstlich erschacherten 110 Mandate. 110 Abgeordnete haben sicher mehr Bedeutung als 43, aber mehr Macht haben sie sicherlich nicht." (Heiterkeit. — Ein Zuruf: Wer war denn das?) Na, Otto, Du könntest schon wissen, daß jetzt Pieck Trumpf ist in Berlin! (Stürmische, langanhaltende Heiterkeit.)

Ich meine, derartige Auslassungen sind sehr zu beklagen. Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die Genossen, die so geredet und geschrieben haben, natürlich ein ganz anderes Abkommen getroffen haben würden. Aber ob dabei die Partei gut gefahren wäre und ob dabei die Interessen der Arbeiterklasse besser gewahrt worden wären, das steht auf einem anderen Blatt. (Sehr wahr!)

Ich wollte mit einigen Sätzen zu sprechen kommen auf Auslassungen der Genossin Rosa Luxemburg. Nun muß ich dabei sehr zurückhaltend sein, weil wir zu unserem großen Bedauern vernommen haben, daß die Genossin Rosa Luxemburg erkrankt ist. Ich glaube die Gelegenheit benützen zu sollen, daß ich sage: wir alle wünschen ihr aus ganzem Herzen, daß sie recht schnell wieder gesund wird. (Lebhafte Zustimmung.) Ich kann aber nicht so weit gehen, daß ich vollständig unter den Tisch fallen lasse, was die Genossin Rosa Luxemburg in einem bestimmten Falle gesagt hat. Aber, wie gesagt, ich werde mich der größten Zurückhaltung befleißigen. Die Genossin Luxemburg hat gesagt oder geschrieben, ihr sei die Röte der Scham ins Gesicht gestiegen, als sie von unserem Abkommen Kenntnis erhielt. Ich meine, es lag keine Ursache vor, daß man sich des Abkommens zu schämen brauchte. Schämen hätten wir uns müssen, wenn wir unsere Taktik darauf angelegt hätten, mit Hilfe von Kriegervereinen und Antisemiten sogenannte grundsätzliche Siege zu erringen. (Allgemeine Zustimmung.) Dann hätten wir uns schämen müssen.

Es ist noch der Einwand zu erwähnen, daß wir nach der Hauptwahl, nachdem sich gezeigt, wie stark wir sind, auf das Abkommen mit den Freisinnigen hätten pfeifen und die Massen auf die Straße rufen und Straßendemonstrationen machen müssen. (Heiterkeit.) Ich will mich darüber nicht näher verbreiten. Kann denn ein verständiger Mensch wirklich annehmen, daß wir durch Veranstaltung von Straßendemonstrationen am 13. Januar diejenigen, die vorher konservativ gewählt hatten, für uns hätten gewinnen können? Sollten wir durch die Veranstaltung von Straßendemonstrationen in dem Augenblick, wo es galt, ein bestimmt abgesteckstes Ziel zu erreichen, alles aufs Spiel setzen? (Sehr richtig!) Nein, da scheint mir der Grundsatz besser zu sein, den uns Lassalle hinterlassen hat: daß die Kunst, politische Erfolge zu erringen, darin besteht, im gegebenen Augenblick alle Kräfte auf einen Punkt, nämlich den wichtigsten, zu konzentrieren! (Sehr richtig!) Straßendemonstrationen wären in jener Situation direkt eine Unsinnigkeit gewesen. (Erneute Zustimmung.)

Zweifellos gibt es keinen widerwärtigeren, für die Grundsätze der Partei gefährlicheren, den Opportunismus üppiger züchtenden Stichwahlkampf als den zwischen Freisinn und Sozialdemokratie, wenn wir dabei auf die Gunst reaktionärer Elemente angewiesen sein sollen. (Sehr richtig!) Es ist auch gesagt worden, wir hätten in Würtemberg zwei Kreise preisgegeben, die wir hätten kriegen können: Balingen und Göppingen. Die hätten wir gewinnen können „durch eine energische Agitation unter den katholischen Arbeiterwählern, die uns sozial viel näher stehen als die fortschrittlichen Bourgeois; statt dessen haben wir sie durch die freiwillige Auslieferung des Balinger Kreises an den unter den katholischen Proletariern wegen seines kulturkämpferischen Bramarbasierens verhaßten Liberalen Haußmann erbittert und uns mit unserem öffentlich vertretenen Grundsatz: „Religion ist Privatsache" in ihren Augen in Widerspruch gesetzt. Der Lohn dafür war der niederschmetternde Wahlausfall in Gmünd"!

Das wäre also grundsätzlicher Kampf gewesen, wenn wir an das katholische Gefühl, an die klerikale Gesinnung der Wähler appelliert und uns gegenüber dem allzu kulturkämpferischen Liberalen Haußmann als die guten Kinder hingestellt hätten? (Hört! hört!) Ich danke für eine solche Grundsätzlichkeit!

Es ist weiter gesagt worden, daß die Freisinnigen vielfach versagt hätten. Das ist richtig. Sie haben ihre Pflicht und Schuldigkeit durchaus nicht in dem Maße getan, wie sie es hätten tun müssen. Anderenfalls wäre die schwarzblaue Reaktion ganz anders aufs Haupt geschlagen worden, als es der Fall war. Die Liberalen haben vielfach versagt, während die Sozialdemokraten ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben. Was beweist das? Jeder verständige Mensch muß sich sagen, daß es im Kampfe gegen die Reaktion nur einen zuverlässigen Kämpfer gibt, die Sozialdemokratie. (Sehr gut!) Aber wenn wir den Liberalen vorwerfen, daß sie vielfach versagt haben, dann gebietet uns die Ehrlichkeit, festzustellen, daß sie im großen ganzen nachher ihre Pflicht erfüllt haben. Ich will nicht zitieren aus der „Neuen Zeit", was Mehring und andere darüber schon früher geschrieben haben, namentlich aus Anlaß der Gießener Wahl. Wir müssen die Verhältnisse berücksichtigen. Wir alle wissen, daß hinter keiner Partei in Deutschland so disziplinierte Massen stehen, wie hinter uns. Hinter den Freisinnigen stehen nicht disziplinierte Wählermassen, sondern zumeist Leute, die man jahrzehntelang gegen uns scharf gemacht hat, denen man die Sozialdemokratie stets als das größte Uebel geschildert hatte. Das muß man berücksichtigen. Daß diese Leute nun nicht sofort alle die neue Parole befolgt haben, erscheint dort wahrhaftig verständlich! (Sehr richtig!) Denken Sie an die Wahlen vor 5 Jahren! Damals schilderte man uns als die bösen Kerle, die so schnell als möglich ausgerottet werden müßten. Und nun sollen sie für uns eintreten! Ueber die Entwickelung beim Liberalismus können wir uns wahrhaftig freuen. Die fortschrittlichen Führer sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß es so wie bisher nicht weitergeht. Sie haben eine Bahn betreten, die zu beklagen wir keine Ursache haben. (Sehr wahr!) Mir ist es unmöglich, einzusehen, wodurch die grundsätzliche Aufklärung der Massen Schaden gelitten haben soll. Wir standen vor einer außerordentlichen Situation, wir haben das Problem mit außerordentlichen Mitteln gelöst. Je klarer man das den Massen darstellt, um so besser werden sie es begreifen und erkennen, daß und warum wir das Stichwahlabkommen in seinem ganzen Umfange zur Wahrung unserer Grundsätze und zu ihrer Durchsetzung treffen mußten. (Sehr richtig!) Wenn etwas geeignet ist, eine gewiß komplizierte Sache, die aber doch in ihrer Grundlage durchaus klar ist, zu verwirren, so war es die Art, wie man vielfach über das Abkommen geredet und geschrieben hat. Mancherseits hat man sich geradezu überschwenglich ausgesprochen über die Macht der Massen, während man die Ohnmacht des Reichstages nicht laut genug betonen konnte. Wir wissen alle, wie mächtig das Proletariat sein kann, aber wir wissen auch, daß wir nicht jeden Tag die Massen in Bewegung setzen können. (Sehr wahr!) Das kann man auch nicht aus der Studierstube heraus, wenn man da auf den Knopf drückt, dann marschieren die Massen noch lange nicht. Nein, so einfach liegen die Dinge nicht. Direkter Unsinn ist es auch, immer und immer wieder zu reden von der Ohnmacht des Reichstags. Wir wissen, daß der Reichstag sich ohnmächtig benommen hat nach oben hin. Wir wissen aber, daß er Macht genug entfaltet hat nach unten hin. (Sehr gut!) Ist der Reichstag wirklich so ohnmächtig? Wer da behauptet, daß es gleichgültig ist, ob 70 oder 100 Sozialdemokraten im Reichstag sitzen, der ist gewiß kein politischer Kopf. (Heiterkeit. — Zuruf des Genossen Ledebour.) Ich weiß, Genosse Ledebour, Sie haben das Gegenteil geschrieben, aber Sie schreiben doch erfreulicherweise nicht alles allein. (Stürmische Heiterkeit.) Es gibt auch noch andere Genossen, die schreiben. (Erneute Heiterkeit.) Ohnmacht des Parlaments! Ohnmacht des Reichstags! Gestern haben wir die Einberufung des Reichstags verlangt. Warum? Weil wir von ihm fordern können und müssen, daß er in der jetzigen Situation etwas gut macht von dem, was er am Volke gesündigt hat. (Sehr richtig!) Wenn er gesündigt hat, so war das doch nicht der Ausfluß seiner Ohnmacht, sondern seiner Macht. (Sehr gut!) Wer ist denn schuld, daß das Volk Not leidet? Zum guten Teile doch der deutsche Reichstag. Denken Sie vor allem daran, was es bedeutet, wenn 110 Sozialdemokraten im Reichstage sitzen zu einer Zeit, wo die gesamte Reaktion, alle Verbände der Scharfmacher, drauf und dran sind, Sturm zu laufen gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter! (Sehr gut!) Ist es in einer solchen Situation wirklich gleichgültig, wieviel Sozialdemokraten im Reichstage sitzen? Ganz und gar nicht. Im Reichstage sind eine große Anzahl Gesetze von weittragender Bedeutung mit Mehrheiten von 5 bis 10 Stimmen zustande gekommen. (Sehr richtig!) Wenn die Erbschaftssteuer abgelehnt wurde mit 8 Stimmen Mehrheit, so bedeutet das in Wirklichkeit, daß auf der linken Seite nur 5 mehr zu sitzen brauchten, um das gegenteilige Resultat zu erzielen. (Sehr richtig!) Alles das hat der Parteivorstand bei dem Stichwahlabkommen in Betracht gezogen. Er hat gewissenhaft erwogen, was für die Partei und für das Volksinteresse auf dem Spiele stand. (Zustimmung.) Es ist vielfach in Artikeln gefragt worden, ob der Parteivorstand ähnliches wieder machen wird. (Heiterkeit.) Ich kann nicht sagen, ob ein künftiger Parteivorstand ein ähnliches Abkommen abschließen wird (Erneute Heiterkeit), aber ich glaube kaum, daß das geschieht, aus dem einfachen Grunde, weil sich politische Situationen nicht zu wiederholen pflegen. Berechtigt scheint der Einwand zu sein: Warum habt Ihr nicht im Lande gefragt? Ich sage, die Frage scheint berechtigt, aber Sie sollten auch unsere Antwort, als der Wahrheit entsprechend, akzeptieren. Es war eine glatte Unmöglichkeit, erst zu fragen, denn es handelte sich bei der Entscheidung nicht um Tage, auch nicht um einen Tag, sondern um wenige Stunden. (Sehr richtig!) Eine gewisse Initiative und Aktivität mußte der Parteivorstand damals entwickeln. (Heiterkeit.) Besonders schwer ist uns die Heimlichkeit angekreidet worden. Aber sofort, nachdem das Abkommen getroffen war, wurden die ganze Parteipresse und die Parteiinstanzen benachrichtigt, allerdings vertraulich. Und warum? Erstens weil das selbstverständlich sein sollte für beide Parteien, und dann auch, weil wir leider wußten, daß es hier und da Parteigenossen gibt, die sich nicht einmal scheuen, uns im schwersten Kampfe Knüppel zwischen die Beine zu werfen. (Lebhafte Zustimmung.) In der „Bremer Bürgerzeitung" wurde geschrieben, wenn das Abkommen rechtzeitig bekannt geworden wäre, so wäre es noch während der Wahlaktion zu einem erbitterten Kampfe in der Partei gekommen. (Hört! hört!) Darauf wollten und durften wir es nicht ankommen lassen. (Sehr richtig!) Wegen einiger Genossen, die sich ihrer schweren Verantwortung nicht bewußt sind, eine große Sache aufs Spiel setzen, das konnten wir nicht.

Ich komme zum Schluß. Es lag uns selbstverständlich nichts ferner als die Absicht, bestehende Klassengegensätze zu verwischen. Wer das tun wollte, wäre ein Tor. Nichts unsinniger als das. Wir bleiben, was wir sind in unserer grundsätzlichen Auffassung der gesellschaftlichen Zustände. Wir bleiben die Todfeinde der junkerlichen Herrenwillkür und der kapitalistischen Ausbeutung als die Vertreter der im Klassenkampfe aufsteigenden werktätigen Bevölkerung. Unser Ziel ist und bleibt die Verwirklichung des Sozialismus durch die siegreiche Demokratie der Arbeit. Wer vermag zu sagen,

was für schwere Kämpfe uns noch bevorstehen auf unserem Wege? Aber wir sind entschlossen, den Weg zu gehen bis ans Ende, und wir alle sind überzeugt, daß er uns zum Siege führen wird. (Bravo!) Wir wollen aus den Erfahrungen der letzten Zeit auch unsere Lehren ziehen. In kommenden schicksalsschweren Auseinandersetzungen wollen wir zwei Tugenden des Kampfes vereinen: schnellste Anpassung an die Erfordernisse des Augenblicks und klare Erkenntnis unseres Ziels. (Lebhafte Zustimmung.) Noch sind feste Wälle zu stürmen, noch ist ein starker und skrupelloser Feind zu werfen. Schwer sind die Kämpfe, die uns bevorstehen, aber herrlich auch der Sieg, der uns winkt. So, meine ich, wollen wir kämpfen bis ans Ende, bis zum Siege. Und freudig wollen wir in dem Bewußtsein für Freiheit und Gleichheit kämpfen: — ja, so ist es eine Lust, zu leben! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Die Anträge 100, 101, 102, 103, 104, 105 und 159 werden mit zur Diskussion gestellt.

Starosson-Rostock: Nach den vorzüglichen Ausführungen Scheidemanns habe ich nicht nötig, meine zustimmende Stellung zur Verteidigung des Parteivorstandes eingehend zu begründen. Der Hauptfehler war, daß schon Monate vor den Reichstagswahlen klipp und klar erklärt wurde, wenn diese und jene Bedingungen erfüllt werden, dann stimmen wir für die Liberalen, und daß wir diese Bedingungen so gestaltet haben, daß selbst die Nationalliberalen sie ohne weiteres annehmen konnten. Was sollte da der arme Teufel von Parteivorstand von den Liberalen noch fordern? Wir hatten uns ja schon festgelegt. Die Liberalen hatten guten Grund zu erklären: Es ist ja gar nicht mehr nötig, mit den Sozialdemokraten lange zu unterhandeln, sie müssen ja auf Grund des Parteitagsbeschlusses ohne weiteres für uns stimmen. Man sollte, meine ich, nicht Monate vor den Wahlen solche Beschlüsse fassen. Man sollte auf dem Parteitag nur die Grundlinien festsetzen, die Einzelheiten aber dem Parteivorstande überlassen. Wir haben ja nun einen Parteiausschuß bekommen, in den vielleicht auch ein politischer Kopf hineinkommt. (Heiterkeit.) Es ist also zu hoffen, daß die Grundsätze der Partei nicht verraten und Mandate nicht erschmeichelt werden. Wenn wir berücksichtigen, wie wir bei anderen Stichwahlen abgeschnitten haben, so können wir mit dem diesmal erzielten Erfolge im höchsten Maße zufrieden sein. 1898 eroberten wir bei den Stichwahlen 24 Proz., 1907 15 Proz., dagegen 1912 infolge des Abkommens 37 Proz. Nun braucht selbstverständlich nicht der Erfolg nicht die einzige Ursache zu sein, um das Mittel zu billigen. Hier trifft sich der Erfolg aber mit dem Mittel zusammen, gegen das absolut nichts einzuwenden ist. Ich habe das Vergnügen, in Mecklenburg zu leben. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Es ist ein Vergnügen wegen der Art, wie die Agitation betrieben werden muß, die ganz andere Anforderungen stellt, als in den Großstädten. Dort bei uns sind die Liberalen, der Not gehorchend, so weit gegangen, daß sie nicht nur der allgemeinen liberalen Parole folgten und erklärten: „Keine Stimme den Konservativen", sondern sie forderten direkt dazu auf, für den Sozialdemokraten zu stimmen. Die Mecklenburger sind also in keiner Weise rückständiger, als die übrigen. Hier haben die Liberalen Mecklenburgs dem Reiche ein gutes Beispiel zur Nacheiferung gegeben. Wenn man sagt, die Liberalen sind zum Teil ausgerissen wie Schafleder, so trifft das zu. Man darf aber nicht vergessen, daß die betreffenden Kreise eine einheitliche freisinnige Masse nicht darstellen, sondern daß auch weite Kreise der Nationalliberalen in Betracht kommen und daß die Nationalliberalen nach der freisinnigen Parole zu den Konservativen abschwenkten, denen sie ja näher stehen als den Freisinnigen. Wer nach der Rede Scheidemanns von der Notwendigkeit des Stichwahlabkommens nicht überzeugt

ist, der wird überhaupt nicht überzeugt werden. Nun die Nachwahl in Hagenow-Grevesmühlen. Wir hatten bei der Januar-Hauptwahl 32 Proz. der abgegebenen Stimmen erhalten. Das Mandat des Abg. Pauli wurde nun für ungültig erklärt, die Nachwahl fand im Juli statt. Da hatten wir einen Rückgang von 8 Proz. und musterten nur noch 24 Proz. Das läßt sich in der Hauptsache durch die gewerblichen Saisonarbeiter erklären, die teils nach Lübeck, teils nach Hamburg verziehen, oder als sogenannte fremde Arbeiter auf den Gütern und Höfen arbeiten. Aber es muß auch zugegeben werden, daß auf dem Lande sozialdemokratische Wähler bei der Nachwahl im ersten Wahlgange für den Liberalen gestimmt haben. (Hört! hört!) Das ist nicht zu bestreiten. Konservative Blätter behaupten, das wäre die Folge einer bewußten Dämpfung der sozialdemokratischen Agitation, die einem freisinnig-sozialdemokratischen Bündnis entsprungen sei. Dieser Schwindel stirbt nicht aus. Es ist bedauerlich, daß auch Parteiblätter diesen Vorwurf gegen die mecklenburgische Parteileitung erheben. Es handelt sich vielmehr um eine beachtliche Taktik der Liberalen. Sie wissen, daß die Liberalen uns schon oft gepredigt haben, wir sollten die „falschen Stichwahlen" vermeiden und in aussichtslosen Wahlkreisen auf eigene Kandidaten verzichten. Die ganze Partei ist sich einig, daß eine derartige Zumutung natürlich zurückgewiesen werden muß. Nun gehen aber die Liberalen auf eigene Art vor, um „falsche Stichwahlen" auszuschalten. Wir haben in Hagenow-Grevesmühlen wenig Lokale, auch die Kräfte fehlen, so daß wir den Liberalen in die Versammlungen auf dem Lande nicht folgen konnten. Die Liberalen erklärten nun den Arbeitern: Wählt nur nicht wieder den Sozialdemokraten, sonst kommt er mit den Konservativen in Stichwahl und der Konservative wird gewählt, weil die liberalen Wähler ja doch für ihn stimmen: wählt also gleich den liberalen Kandidaten, damit die Wahl des Konservativen verhindert wird. Mit dieser Taktik, die die eigenen Parteifreunde als charakterlose Menschen hinstellt, haben die Liberalen auf die Landarbeiter Eindruck gemacht. Es ist also das sozialdemokratische Mitleid erregt worden, und Herr Sivkovich sitzt nun im Reichstag. Ich mache auf diese Taktik der Liberalen ausdrücklich aufmerksam, weil sie sicherlich diese Methode anderswo wiederholen werden. Darum müssen wir auf der Hut sein und den Liberalen überall nachsteigen. (Bravo!)

Ludwig-Hagen: Die ausgezeichnete Rede Scheidemanns wird wohl jeden davon überzeugt haben, daß der Parteivorstand keinen besseren zu seiner Verteidigung bestimmen konnte. Unser Wahlkreis Hagen-Schwelm gehört zu den Beteiligten. Wir hatten mit einer ganzen Reihe von Mitgliedern des Parteivorstandes vor und nach der Wahl zu verhandeln. Genosse Ebert überbrachte die Dämpfungsparole, Müller bestellte unsere Referenten ab, Braun gab in Berlin eine ganz unrichtige Darstellung, darauf luden wir den Genossen Braun nach Hagen ein; der Genosse Pfannkuch antwortete, daß alles geklärt sei, heute bin ich aber dem Gerissensten in die Finger gefallen, nämlich Scheidemann. (Heiterkeit.) Er sagte, daß der Vorstand ja Hagen-Schwelm nur bedingungsweise in die Liste aufgenommen habe und daß man den Kreis freigegeben habe, als Widerspruch laut wurde. Ich bitte, dieses Eingeständnis festzuhalten. Es beweist zur Genüge, daß man doch etwas eilig und unvorsichtig bei dem Abkommen vorgegangen ist, wenn man innerhalb zweier Tage einen Kreis, der bedingungsweise abgetreten war, wieder freigibt und das Abkommen durchbricht. Das Eingeständnis ist bisher vom Vorstande noch nicht so offen gemacht worden, wie heute durch Scheidemann. Hagen-Schwelm war eine freisinnige Hochburg, früher durch Eugen Richter vertreten, dann durch Cuno. Wir rechneten schon 1907 darauf, wenigstens die Massen, den Kreis zu bekommen. Wir müssen doch die Wähler begeistern, auch wenn wir manchmal im stillen über-

zeugt sind, daß der Erfolg noch nicht so groß sein kann. Wir müssen sie zu überzeugen suchen, daß sie alles daransetzen müssen, um den Kreis zu gewinnen. Dann kam das Abkommen. Daß darüber nicht sachlich gesprochen und geschrieben wurde, wird man vom Parteivorstande wohl kaum beanstanden. Wir verzichten darauf, dem Parteivorstand eine Resolution vorzulegen oder einen Antrag einzubringen. Unsere Genossen haben mir nur den Auftrag gegeben, hier zu erklären, daß sie das Abkommen überhaupt und besonders den Einschluß von Hagen-Schwelm für eine große Dummheit halten. Diesen Auftrag führe ich hiermit aus. (Heiterkeit.)

Die Sache ist ja auch erledigt. Und der Kreis ist ja auch freigegeben worden. Ich muß aber auch an eine ernste Seite der Sache erinnern. Es ist nicht so leicht, einen Kreis, in dem 3000 bis 4000 Organisierte sind, in dem man in zwei Wahlperioden schon auf den Sieg in der Stichwahl rechnete, einfach abzutreten. Und „bei gedämpfter Trommel Klang" sich ins Bett zu legen und nichts für die Stichwahl zu tun. Das kann die ganze Organisation kosten. Das kann für ein paar Jahre hinaus die Organisation eines solchen Kreises zertrümmern. Wir wünschen dringend, daß solche Experimente ohne die Zustimmung der Kreise nicht gemacht werden. Wir wollen nicht in solchen Wahlkämpfen zum Schluß von unseren Brüdern und Genossen geopfert werden. Wir wollen mit dabei sein. Das müssen Sie bei der Prüfung dieses Abkommens beachten. Ich kann erklären, daß ich gegen alle Resolutionen stimmen werde, weil sie beim Parteitag nach der vorzüglichen Verteidigungsrede Scheidemanns keine Aussicht auf Annahme haben. (Beifall.)

Pollender-Merseburg: Auch ich habe, und zwar als Vertreter des Kreises Merseburg-Querfurt, der ebenfalls bei dem Stichwahlabkommen „gedämpft" und damit mißhandelt worden ist, die Unzufriedenheit meiner Auftraggeber mit dieser ganzen Stichwahlmethode zum Ausdruck zu bringen. Zum Beweise dafür, daß hierbei keinerlei persönliche Motive im Spiel sind, will ich hervorheben, daß die Sozialdemokraten in dem Wahlkreise Merseburg-Querfurt bei der Stichwahl mit und ohne Stichwahlabkommen unterlegen wären. Wenn wir trotzdem unzufrieden sind mit dem Abkommen, so leiten uns dabei die Rücksichten auf seine Folgen. Die Art, wie Scheidemann das Abkommen verteidigt hat, hat mich veranlaßt, das Wort zu nehmen. Wie lagen damals die Dinge? Vor der Hauptwahl stand die Sozialdemokratie jahrelang im Kampfe gegen alle bürgerlichen Parteien, sie hat den Imperialismus bekämpft, den Zollwucher, die Arbeiterentrechtung in der Reichsversicherungsordnung, sie hat sich gegen die drohenden Zuchthausgesetze, die Steuerräuber, Militarismus und Marinismus erklärt. Ich bin kein grundsätzlicher Gegner eines Stichwahlabkommens. Aber es muß auf einer Basis erfolgen, die für uns keine Entwürdigung bedeutet. Und wenn der Partner zur Bedingung macht, wir sollen unsere eigene Parteiarbeit aufgeben, so ist das eine schimpfliche Bedingung. Das ganze Verfahren hat in unserem Kreise eine lebhafte Entrüstung hervorgerufen. Unter den 31 Kreisen, in denen die Fortschrittler verpflichtet waren, für die Sozialdemokraten zu stimmen, befinden sich drei, in denen Stimmen für Fortschrittler überhaupt nicht abgegeben wurden: Köln (Stadt), Elberfeld-Barmen und Düsseldorf. Dann war auch unter diesen 31 Kreisen kein einziger, in dem die Fortschrittler an der Stichwahl beteiligt waren. Nun die andere Seite des Bildes. Die Sozialdemokraten sollten nicht nur für die Fortschrittler überall da stimmen, wo die Sozialdemokraten aus der Stichwahl ausgefallen waren, sondern sie sollten auch in 15 Kreisen, in denen sie selbst mit Fortschrittlern in Stichwahl standen, ohne weiteres auf eine weitere Beteiligung verzichten, nicht nur auf das Mandat, sondern auf jede Agitation. Unter diesen 15 Kreisen waren sogar 10, in denen die Sozialdemokraten mehr Stimmen bei der Hauptwahl hatten als die Fortschrittler. Diese unsere günstigere Position konnte bei der Hauptwahl nur nach langem, energischem Kampfe gegen die Fortschrittspartei errungen werden. Wie denkt sich nun der Parteivorstand eine spätere Wahlagitation, die leicht sehr bald hätte notwendig werden können und die sich wieder gegen die Fortschrittler hätte richten müssen. Die Verwirrung, die unter den eigenen Parteigenossen durch das Abkommen und seine schimpflichen Bestimmungen hervorgerufen wurde, hat eine lebhafte Erregung bei uns verursacht. Aber nicht nur das, sondern auch die Art, wie man es zur Geltung brachte. Ohne daß der Kreisvorstand auch nur eine Ahnung davon hatte, erscheint in demjenigen Parteiblatt, das an seinem Kopfe auch die Bezeichnung trägt: „Organ für Merseburg-Querfurt", eine Bekanntmachung mit der Unterschrift des Kreisvorstandes und des Kreisvorsitzenden, wonach alle Versammlungen zu unterbleiben haben. Der Wahlkreisvorstand hatte, wie gesagt, von dieser Bekanntmachung keine Ahnung. Sein Name und besonders der des Vorsitzenden ist mißbraucht worden. Am folgenden Tage will der Kreisvorstand in demselben Orte eine Bekanntmachung erlassen, wonach die gestrige Bekanntmachung unter falschen Voraussetzungen erlassen worden sei. Und Redaktion und Preßkommission lehnen die Veröffentlichung dieser Berichtigung einfach ab. (Hört! hört!) Unter solchen Umständen konnte bei den Parteigenossen keine besondere Lust für eine weitere Agitation hervorgerufen werden. Unsere Genossen haben sich allerdings an das ganze Abkommen nicht gekehrt. Sie haben es für ihre verfluchte Pflicht und Schuldigkeit gehalten, weiter zu arbeiten, und haben bei der Stichwahl noch eine Stimmenzunahme von 1300 Stimmen erzielt. Im Namen meiner Auftraggeber möchte ich dem lebhaften Wunsche Ausdruck geben, daß in Zukunft derartige willkürliche Maßnahmen nicht wieder Platz greifen.

Pannekoek-Bremen: Ich will kein Wort verlieren über die sonderbare Behauptung, daß derjenige, der mit diesem Abkommen nicht zufrieden ist, dem Antiparlamentarismus verfallen ist. Ich will mich nur kurz mit einer ähnlichen Bemerkung befassen, die, wie ich glaube, Kautsky gemacht hat. Wenn man ein Stichwahlabkommen nicht will, so beweist das nicht, daß man deshalb eine Stichwahlenthaltung predigt. Man kann bei den Stichwahlen zwei verschiedene Wege einschlagen. Entweder man benutzt die Stichwahlstimmen, um den Gegnern, die man als das kleinere Uebel betrachtet, unsere Stimmen zuzuführen. Man kann aber auch den zweiten Weg gehen, daß man möglichst viel Mandate erzielen will und daher die Stimmen als ein Handelsobjekt benutzt, um mit einer anderen Partei ein Abkommen auf gegenseitige Hilfe zu schließen. In der Resolution vom vorigen Jahre in Jena war der erste Weg gewählt. Da ist keine Rede von einem Abkommen, von der Zertrümmerung des schwarz-blauen Blocks. Sondern es wird festgestellt, welche Bedingungen unsere Gegner erfüllen müssen, wenn sie unsere Stimmen haben wollen. Der Parteivorstand hat den anderen Weg gewählt, als den in Jena beschlossenen. Aus welchem Grunde? In der Presse wurde behauptet, daß dadurch, daß die Freisinnigen das Abkommen anboten, bewiesen sei, daß der Freisinn sich radikalisiere. Deshalb müßte man zugreifen. Es ergibt sich aber aus einer Erklärung des Parteivorstandes am 19. März, sowie aus den Ausführungen des Genossen Braun in der Berliner Generalversammlung, daß unser Parteivorstand die Initiative zu diesem Abkommen ergriffen hat. (Hört! hört!) Man sagt, der beste Beweis sei der Erfolg. Unser bedeutender Mandatzuwachs sei eine Folge dieses Stichwahlabkommens. Diese Illusionen muß ich zerstören. Rechnen wir nach, welche Kreise wir durch das Stichwahlabkommen gewonnen haben. Nehmen wir dabei an, daß unsere Zunahme in den Stich-

wählen nur von den Freisinnigen stammt, was sicher nicht der Fall ist, da wir gewiß bedeutende Reserven herangeholt haben. Wenn in den im Abkommen enthaltenen Kreisen die Zunahme unserer Stimmen nur halb so groß gewesen wäre, wie viele Mandate hätten wir dann weniger bekommen? Nur drei. Und wenn alle jene Stimmen auf den Gegner übergegangen wären — was sicher nicht der Fall gewesen wäre —, so wären es acht gewesen. Also der Gewinn durch das Stichwahlabkommen beläuft sich auf ein halbes Dutzend Mandate. Die Behauptung, die große Anzahl der in der Stichwahl gewonnenen Mandate wären auf das Stichwahlabkommen mit den Freisinnigen zurückzuführen, ist also hinfällig. Es ist aber auch nicht anzunehmen, daß ohne das Abkommen die Freisinnigen in derselben geringen Zahl wie früher in der Stichwahl für den Sozialdemokraten gestimmt hätten. Es darf doch nicht verkannt werden, daß in diesem Jahre unter den freisinnigen Wählern eine sehr bedeutende Oppositionsstimmung herrscht, der auch die Volkspartei im Reichstage nachgegeben hat. Also auch ohne das Abkommen hätten wir infolge der ganzen politischen Situation eine ganz bedeutende Anzahl freisinniger Stimmen mehr erhalten als früher.

Dieses Abkommen bedeutet einen Schritt in der Richtung des Revisionismus. (Lachen.) Revisionismus ist nicht einfach Budgetbewilligung. Untersucht man den Inhalt und die Wirkung der revisionistischen Politik, dann kommt sie überall darauf hinaus, daß den Arbeitern wieder Vertrauen in den Liberalismus eingeflößt wird. Dieses Abkommen beruht doch auf dem Gedanken, den man damit den Arbeitern beizubringen sucht, daß der Liberalismus ein zuverlässiger Mitkämpfer gegen die Reaktion ist. Nun die Ohnmacht des Reichstags, die wir behauptet haben. Wenn Sie die „Neue Zeit" verfolgt haben, so werden Sie dort gelesen haben, wie Kautsky in ziemlich langen Ausführungen eben diese Ohnmacht der Parlamente näher analysiert und damit bestätigt hat. Er sagt da: In den Parlamenten sind heute die bürgerlichen Mehrheiten unwillens, etwas zu tun, aber die willigen Sozialdemokraten bilden eine Minorität und können deshalb nichts beschließen und nichts machen. Scheidemann meint nun, wir hätten an diesem ohnmächtigen Reichstag ja in der Teuerungsfrage appelliert und wie das zu vereinigen sei. Darauf ist zu erwidern: Wenn wir jetzt etwas von dem Reichstag erwarten in der Teuerungsfrage, so wissen wir alle ganz gut, daß der Reichstag nur unter dem Druck der Massen Beschlüsse fassen wird, die notwendig sind. Ohne diesen Druck der Massen, die die bürgerliche Mehrheit willig macht, würde der Reichstag auch nichts tun. Nur der Druck der Massen treibt ihn an. (Vereinzeltes Sehr richtig!)

Dr. Cohn-Nordhausen: Gegenüber all den heftigen Angriffen, die nach Beendigung der Reichstagswahl wegen des Stichwahlabkommens gegen den Parteivorstand gerichtet sind, hat der Vorstand in offiziellen und offiziösen Kundgebungen immer und immer wieder auf die Wahl in Nordhausen verwiesen, die ja nicht trotz, sondern, wie Scheidemann auch heute wieder sagte, allein wegen des Abkommens unserer Partei zum Siege verholfen habe. Es ist so allmählich die Wahl in Nordhausen zum Paradepferd des Vorstandes geworden bei seiner Verteidigung des Stichwahlabkommens, und es ist allmählich gelungen, die ganze Diskussion auf die eine Frage zu verschieben: Ist es eine spaßhafte oder nicht spaßhafte Geschichte, daß in Nordhausen unsere Partei gesiegt hat? Ist diese Wahl möglich gewesen trotz oder wegen des Abkommens? So erklärt es sich auch, daß Scheidemann sich heute mit meiner Person viel mehr beschäftigt hat, als der Bedeutung des Stichwahlabkommens im Verhältnis zu dem einen Kreise Nordhausen entspricht. Ueber die Art und Weise, wie er

sich mit meiner Person beschäftigt hat, wundere ich mich nicht. Mir war ja das, was er über diesen Punkt sagen würde und womit er die lebhafte Heiterkeit des Parteitages erregt hat, nicht gerade neu. Wenn man allmählich über die 40 gekommen ist, dann kennt man alle Witze, die sich irgendwie über meinen Namen oder über andere Namen machen lassen. (Heiterkeit.) Die Witze sind mir auch deshalb bekannt gewesen, weil ich sie alle schon einmal gelesen habe in einem Schriftstück, das mir von der Reichstagskanzlei zugegangen ist. Das war die Protestschrift der Fortschrittler gegen meine Wahl. (Hört! Hört!) Da ist Scheidemann allerdings ein merkwürdiges Unglück passiert, denn alles, was dort als einseitige Parteibehauptung steht, das setzt uns Scheidemann als Tatsache vor. (Erneutes Hört! hört!) All die Geschichten von dem Einfluß der Kriegervereine, der bei der Wahl in Nordhausen zu meinen Gunsten eingesetzt wäre, auch die Geschichte von dem Oberleutnant und Amtsvorsteher, der am 25. Januar seinen roten Tag gehabt haben will, all das findet sich dort als einseitige zur Stütze des Wahlprotestes vorgebrachte Behauptung. Es sind nur zwei Dinge möglich. Entweder ist es dem „politischen Kopf" Scheidemanns passiert, etwas für bare Münze zu nehmen, was der Gegner gesagt und noch nicht bewiesen hat, oder aber es bleibt nur die andere Möglichkeit — und die scheide ich selbstverständlich aus, daß Scheidemann bewußt den Parteitag irregeführt hat. Wie gesagt, diese Möglichkeit schließe ich aus. Scheidemann wird sich also damit abfinden müssen, daß er als politischer Kopf heute versagt hat. (Heiterkeit.) Die Freisinnigen aber werden sich bei ihm dafür bedanken, daß er ihren Wahlprotest so glänzend gestützt hat. (Sehr gut!) Denn wenn heute Scheidemann als offizieller Vertreter des Parteivorstandes sich hinstellt, und sagt: es ist Tatsache, daß der Einfluß der Kriegervereine für die Sozialdemokratie in Bewegung gesetzt ist, es ist Tatsache, daß der Amtsvorsteher und Oberleutnant der Landwehr sich für den Sozialdemokraten engagiert hat — was brauchen denn die Freisinnigen in Nordhausen mehr? Was braucht die Wahlprüfungskommission des Wahlkreises mehr? (Sehr richtig!) So weit es mir gelungen ist, außerhalb dieser witzigen Darstellung der Nordhäuser Vorgänge in der Rede von Scheidemann Gründe zu finden für die Verteidigung des Stichwahlabkommens, habe ich folgende vier entdeckt: 1. Parlamentarische Notwendigkeiten seien es, die es erforderlich machen, mit einem möglichst großen Vertretungskörper in den Reichstag einzuziehen, das habe das Schicksal sehr wichtiger Gesetze bewiesen. Das sieht ja hiernach so aus, als ob Scheidemann die Abneigung gegen parlamentarische Betätigung verwechselt mit der Gegnerschaft gegen das Stichwahlabkommen, als ob er sagen wolle, gegen das Stichwahlabkommen, insbesondere auch gegen die Dämpfung, könne nur der sein, der überhaupt keinen parlamentarischen Einfluß haben wolle. Daß dies Argument ganz verkehrt ist, und daß da zwei Dinge durcheinandergeworfen werden, die nichts miteinander zu tun haben, brauche ich in diesem Kreise nicht auseinanderzusetzen. Aber ich halte mich doch für verpflichtet, zugleich im Namen einer großen Zahl mir nahestehender parlamentarisch tätiger Genossen zu erklären, daß wir selbstverständlich, ob mit oder ohne Stichwahlabkommen, alles einsetzen werden, damit der parlamentarischen Vertretung der Sozialdemokratie der ihr gebührende Einfluß zuteil werde, und daß wir darüber hinaus auch das leisten wollen, was zu leisten ist an agitatorischer Arbeit. Also, Scheidemann wird niemanden ängstlich machen können, wenn er sagt, die gegen die Dämpfung und das Stichwahlabkommen aufgetreten sind, seien Antiparlamentarier, Massenstreikpropagandisten, die die Arbeiter auf die Straße führen wollten.

Der zweite Grund, den Scheidemann anführt, ist, daß eine außerordentliche Situation auch außerordentliche Maßregeln erfordere. In dieser Unbestimmtheit kann man den Satz Scheidemanns für jede Maßregel im mensch-

lichen und politischen Leben anwenden, mit ihm hat Louis Napoleon den Staatsstreich gerechtfertigt, und mit derselben Wendung könnte in Zukunft eine Abschaffung des Reichstagswahlrechts im Wege des Verfassungsbruchs und der Gewalttat gerechtfertigt werden. (Sehr wahr!) Wenn dieser Satz mehr bedeuten soll als eine Phrase, so ist uns Scheidemann jede Darlegung schuldig geblieben, worin die außerordentliche Situation bestanden haben soll. Und wenn ich diesen Satz auch schon gelten lassen soll, wo finde ich die außerordentliche Situation, die gerade die Dämpfung des Wahlkampfes rechtfertigt, ein Vorgehen, wodurch sich gerade der schärfste Gegensatz der Meinungen über das Stichwahlabkommen entwickelt hat? Die Frage stellen, heißt sie verneinen. Scheidemann ist uns jedenfalls jeden Beweis schuldig geblieben, daß die außerordentliche Situation vom 13. Januar gerade diese Form der Dämpfung erfordert habe, die in den weitesten Parteikreisen als ungehörig empfunden worden ist.

Der dritte Grund Scheidemanns bestand darin, daß 1907 auch ein Stichwahlabkommen notwendig geworden sei und wir hätten eben leider auch 1912 in den sauren Apfel beißen müssen. Aber ist denn 1907 den Parteigenossen dasselbe zugemutet werden wie 1912? Soweit ich die Gegnerschaft gegen das Stichwahlabkommen übersehe und die ganze Diskussion darüber in der Parteipresse habe verfolgen können, richtet sich die Opposition viel weniger gegen die Tatsache des Abkommens überhaupt, viel weniger dagegen, daß man doch durch eine irgendwie erzeugte Situation gezwungen werden kann, ein Stichwahlabkommen zu treffen und nicht nur Stichwahlhilfe ohne Abkommen zu leisten. Nein, darüber sind alle einig, daß gerade dieses besondere Abkommen das Mißfallen und die tiefste Erregung an vielen Stellen in der Partei erregt hat, und durch den Hinweis auf 1907, wo auch die Abkommen abgeschlossen wurden, wird der springende Punkt in keiner Weise betroffen. So wenig Scheidemann bei seinen ersten beiden Gründen bisher Tatsachen angeführt hat, ebensosehr hat er bei dem dritten Grunde jedes Tatsachenmaterial vermissen lassen. Wie steht es mit dem vierten und wichtigsten Grunde für die Dämpfung? Er sagte, die 16 Kreise konnten wir leichten Herzens ausschalten, denn wir standen einer kompakten Mehrheit von Gegnern gegenüber, und wir hätten diese Kreise niemals geholt. Sehen wir zu, wie sich dies für den Wahlkreis Nordhausen-Grafschaft Hohenstein verhält. Im ersten Wahlgang fehlten uns zur absoluten Mehrheit ganze 779 Stimmen. Also die beiden Gegner, die kompakte gegnerische Mehrheit, hatten 779 Stimmen mehr als wir. Unser Zuwachs bei der Stichwahl erreichte im ganzen 782 Stimmen, der der Freisinnigen aber rund 1600 Stimmen. Es müssen also, wenn man schon die eigenartige Folgerung Scheidemanns mitmacht, daß wirklich auch eine nur einigermaßen beträchtliche Anzahl von antisemitischen Stimmen auf den Sozialdemokraten übergegangen ist, notwendig 1600 antisemitische Stimmen dem Freisinnigen trotz des Stichwahlabkommens zugekommen sein. Aber die ganze Berechnung ist überhaupt falsch. Ich bestreite, daß irgendein Antisemit für uns gestimmt hat. Was wir herausgeholt haben, kam aus unseren Reserven, von den Landarbeitern, denen die Wahl freigegeben worden sein mag, und die nicht durch den Inspektor oder den Herrn Amtsvorsteher und Oberleutnant selbst zur Urne geführt wurden, die aber immerhin, wenn sie am 12. Januar freie Wahl gehabt hätten, für uns gestimmt haben würden. Durch die Behauptung von den kompakten gegnerischen Mehrheiten lasse ich mir nicht abstreiten, daß die Nordhäuser Genossen in der hingebenden Arbeit, die sie auch schon früher geleistet hatten, die 770 Stimmen, die uns gefehlt haben, aus eigenem herausgeholt haben. Gegen die Dämpfung ist ja in der Literatur soviel vorgebracht worden, daß ich die Zeit des Parteitages über Gebühr in Anspruch nehmen würde, wenn ich das

alles besprechen wollte. Ich habe aber die Verpflichtung und es gereicht mir zur Ehre, die Resolution, die die Nordhäuser Genossen auf der Kreisgeneralversammlung angenommen haben, hier auch zu vertreten, wenn auch Scheidemann mit einer merkwürdigen Wendung sein Mißfallen darüber ausgedrückt hat, daß ich es für meine Aufgabe hielte, im Kreise herumzureisen und, wie er sich ausdrückte, Resolutionen zu extrahieren. Ach nein, Genosse Scheidemann, ich kann Sie beruhigen, ich habe die Resolution der Nordhäuser Genossen sogar abgemildert und nicht die scharfe Resolution extrahiert, die geplant war. Wäre diese erste Resolution hier zur Verlesung gekommen, dann würde sich der politische Kopf des Genossen Scheidemann noch viel mehr in Bewegung gesetzt und geschüttelt haben. (Sehr gut! Heiterkeit und Unruhe.) Wenn Scheidemann im übrigen dem Wahlprotest der Freisinnigen als der besten Quelle, deren sich ein Sozialdemokrat bedienen kann, gefolgt ist, so hat er sich glücklicherweise doch nicht das zu eigen gemacht, was sonst noch in diesem Wahlprotest an sogenannten Tatsachen enthalten ist. Daß er sich das nicht zu eigen gemacht hat, und davor zurückgeschreckt ist, ist für mich das stärkste Argument gegen die Dämpfung. Abgesehen von der Fahnenband- und Kriegervereinsgeschichte gipfelt dieser Protest nur noch in den schäbigsten Denunziationen gegen Beamte und Arbeiter. (Die Redezeit wird verlängert.) Der Freisinn von Nordhausen, unser Bundesgenosse beim Stichwahlabkommen, schämt sich nicht, Vorarbeiter staatlicher Verwaltungen mit Namen zu nennen und zu denunzieren, weil sie den ihnen unterstellten Arbeitern den Rat oder die Anweisung gegeben hätten, am 25. Januar einen Sozialdemokraten zu wählen. (Hört! hört!) Wir kannten diese Sorte Freisinn, die wir in Nordhausen-Grafschaft Hohenstein hatten. Anscheinend kannte sie unser Vorstand nicht, und nachdem sie sich in dem Wahlprotest genau so entpuppt hat, wie wir sie früher gekannt haben, ist das das stärkste Argument für uns. (Sehr wahr!) Mit Politikern solcher Sorte läßt man sich auf solche Abkommen nicht ein, deshalb sagten wir uns also, daß wir dieses Abkommen, namentlich die Dämpfung, mißbilligen werden. Welche Folgen dadurch eintreten konnten, haben wir aus den Kreisen Hagen-Schwelm und Merseburg-Querfurt soeben gehört. Ich will nur den Genossen Otto Braun daran erinnern, wie die Versammlung ausgesehen hat, zu der er nach Nordhausen kam, und der er die Notwendigkeit des Stichwahlabkommens darlegen mußte. Er wird kaum jemals eine schwerere Aufgabe zu erfüllen gehabt haben, als den opferbereiten Leuten, die diese Versammlungen bildeten, zu sagen, nehmt einen Dolch und steckt Euch tot und schlagt auch die Organisation auf viele Jahre tot! (Zustimmung und Widerspruch.)

Parteigenossen, es gab einmal einen Mann namens Johann Jacoby, der erst als Greis zu uns gekommen ist, und der seine Auffassung von der Wichtigkeit der Arbeiterbewegung und der kleinsten politischen Arbeiterorganisation in die beinahe paradoxen Worte zusammenfaßte, daß die Gründung des kleinsten Arbeitervereins einer späteren Zeit wichtiger erscheinen werde für das ganze Volk, als der Krieg von 1866 mit seinen großen Siegen. Wir können diesen Satz auch umkehren, und er bleibt richtig. Es gibt keine politische Situation, keine Notwendigkeit eines Stichwahlabkommens, die es rechtfertigen könnte, unsere Arbeiterbewegung im kleinsten Gliede totzuschlagen. Das aber wäre die Folge der Dämpfung gewesen, wie für Merseburg-Querfurt und Hagen-Schwelm, so auch für Nordhausen-Grafschaft Hohenstein. (Hört! hört!) Der Vorstand hat bei den letzten Erörterungen in der Presse, auch durch die heutige Rede Scheidemanns um gut Wetter für die Dämpfung gebeten. Das gute Wetter wird ihm bewilligt, aber wir wünschen nur, daß der Parteitag die Meinung ausspricht, daß das Abkommen mit Dämpfung, das heißt mit der Gefahr der Vernichtung unserer selbst, unter keinen Umständen für uns ge-

rechtfertigt erscheinen könne, sondern daß wir unter allen Umständen dagegen sein müssen. (Beifall.)

Drescher-Elberfeld: Scheidemann hat sich in seinem Bericht über die Reichstagswahlen fast ausschließlich mit dem Stichwahlabkommen beschäftigt, das ist ein Beweis dafür, welche große Bedeutung der Parteivorstand dem Abkommen beigelegt hat. Vor allem ist es wichtig, darauf hinzuweisen, daß sich der Widerspruch der Genossen, die mit dem Parteivorstand nicht einverstanden sind, keineswegs gegen das Stichwahlabkommen schlechthin richtet, sondern in der Hauptsache dagegen, daß das Stichwahlabkommen um den Preis der Dämpfung geschlossen worden ist. Das ist die Kernfrage, um die es geht. Stichwahlabkommen werden wahrscheinlich auch noch in Zukunft getroffen werden, aber ich für meinen Teil hoffe, daß man die Bedingung der Dämpfung nie wieder aufnehmen wird. Scheidemann hat des langen und breiten von der Notwendigkeit gesprochen, daß es im Reichstag sozusagen auf jedes einzelne sozialdemokratische Mandat ankomme, von der Notwendigkeit, daß es bei den Stichwahlen vor allem darum zu tun war, den schwarzblauen Block zu zertrümmern. Nun, die parlamentarischen Erfahrungen der letzten Monate beweisen, daß das Schlagwort „schwarz-blauer Block" nur eine beschränkte Bedeutung hat. (Sehr richtig!) Denn dazu gehören nach meiner Meinung auch die Liberalen. Die Annahme der großen Wehrvorlagen ist ein recht treffender Beweis dafür, wir werden auch zweifellos erleben, daß in der Frage der Teuerung die Liberalen wieder zeigen werden, daß sie zum schwarzblauen Block gehören. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß der Fortschritt zum Teil sehr wenig von dem gehalten hat, was er versprach. Wohl hat Genosse Starosson triumphierend berichtet, daß in Mecklenburg die Fortschrittler offen für die Sozialdemokraten eingetreten sind. Auch Elberfeld-Barmen gehört zu den Kreisen, in denen der Fortschritt für den Sozialdemokraten und gegen den Reichsparteiler stimmen sollte. Dem Genossen Pollender will ich entgegnen, daß der Elberfelder liberale Kandidat der gemeinsame Kandidat der Nationalliberalen und Fortschrittler war, und daß in Elberfeld-Barmen die Fortschrittler stärker sind als die Nationalliberalen. Es steht fest, daß in Elberfeld-Barmen von den fortschrittlichen Stimmen keine 10 Prozent für die Sozialdemokratie abgegeben wurden, mindestens 90 Prozent der fortschrittlichen Stimmen aber in Elberfeld-Barmen für den Konservativen abgegeben wurden. Dabei wollen Sie beachten, daß das Großstädte sind, und also auch nicht Fortschrittler wie auf dem Lande in Frage kommen, die den Konservativen auf Grund der ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse näher stehen. Es waren großstädtische Fortschrittler, die zu mindestens 90 Prozent in der Stichwahl für den Konservativen eingetreten sind. In Elberfeld haben die Fortschrittler die Wahlparole ihrer Berliner Leitung nicht publiziert, sie behaupteten nach der Stichwahl, daß ihnen von der fortschrittlichen Wahlparole nichts bekannt gewesen sei. Vor allen Dingen kommt es doch schließlich neben der prinzipiellen Erwägung darauf an, welche Wirkung ein solches Abkommen auf die Parteiorganisation haben muß, die von diesem Abkommen erfaßt wird. Denken Sie daran, was es bedeutet, wenn man in einem Wahlkreis, wo die gesamten Funktionäre seit Jahren, mindestens aber seit Monaten mit ganzer Kraft für den großen Wahlkampf angeeifert wurden, im entscheidenden Augenblick den Funktionären gesagt werden soll, die tatenlustig vor uns stehen, daß sie nach Hause gehen sollen und nichts mehr tun dürfen. Scheidemann sagte, daß man Massenaktionen nicht herbeiführen könne, indem man auf den Knopf drückt, aber wenn man Parteifunktionäre angeeifert hat, ihre vollste Pflicht zu tun, so kann man auch nicht auf den Knopf drücken und sagen: Jetzt geht nur nach Haus, wir wollen nichts mehr tun. (Sehr wahr!) Die Redewendung Scheidemanns, ob es denn taktisch und politisch klug gewesen

sei, in Kriegervereinspolitik zu machen, ist nicht recht angetan, in sozialdemokratischen Kreisen als gangbare Münze aufgenommen zu werden. Wir haben niemals in Kriegervereinspolitik gemacht und niemals damit gerechnet, daß wir in den Stichwahlen von Kriegervereinen unterstützt werden. Ich bitte Sie, nehmen Sie die Elberfeld-Barmer Resolution an, die sich nicht gegen Stichwahlabkommen überhaupt richtet, sondern nur verlangt, daß künftighin eine „Dämpfung" in keinem Stichwahlabkommen Aufnahme findet. (Zustimmung.)

Schiller-Hirschberg i. Schl.: Ich habe heute zum erstenmal das Vergnügen gehabt, den Genossen Scheidemann reden zu hören, und ich muß vorurteilslos gestehen, daß ich selten einen solchen oratorischen Genuß gehabt habe. Aber es wäre mir lieber gewesen, ich hätte zu anderer Zeit eine Rede von ihm gehört und zu einer anderen Sache, da hätte ich ihm mit größerem Genuß zugehört. Daß er seine Rede benutzt hat, eine an sich bedenkliche Sache mit leichten Gründen zu verteidigen, hat seine Rede stark beeinträchtigt. Scheidemann war ja viel vorstandlicher als der Vorstand selbst. Denn der Vorstand hat in seinen Presseäußerungen und auch Genosse Kautsky in der „Neuen Zeit" hat rundweg anerkannt: Ja, über die Dämpfungsfrage wird es wohl noch Debatten geben. Eine prinzipielle Frage über ein Stichwahlkompromiß an sich wird es nicht geben, aber die Dämpfung ist doch eine bedenkliche Sache. Nun sagt Scheidemann: Gerade die Dämpfung muß als eine unbedingte Notwendigkeit dazu gerechnet werden, und er hat uns zum Schluß mit einer großen Geste gesagt: Genossen, wir haben noch viele Wälle zu übersteigen bis zu unserem Ziel. In seiner glänzenden Rede aber hat er uns einen Wall aufgebaut, den wir in unserer Kleinarbeit nicht so leicht übersteigen werden. (Oho! und Heiterkeit.) Gewiß, ich weiß, Ihr seid alle Agitatoren, aber Ihr seid zum Teil aus der Großstadt und nicht vom Land und aus den Kleinstädten. Ich komme aus dem Riesengebirge und habe eine Wahlagitation hinter mir, wo ich mir ein Stück Schwindsucht an den Hals geholt habe. Auch wir haben einen Freisinn, wie Cohn ihn geschildert hat, und unsere Genossen sind seit 30 bis 40 Jahre mit Recht von dem gleichen Haß erfüllt, wie gegen alle anderen Reaktionäre, und da wollen Sie den Genossen zumuten, eine Dämpfungsparole begreifen zu können? Nein, das kann man nicht. Scheidemann sagt, es sei eine große Situation gewesen, die auch große und rasche Mittel verlange. Ich habe aus der bisherigen Diskussion und habe auch auf der Pressekonferenz in Berlin gehört, daß man deshalb so schnell die Genossen mit der Dämpfung überraschte, weil keine Zeit mehr blieb, sich mit den Genossen draußen in Verbindung zu setzen. Aber heute wurde uns von Scheidemann eine Plauderei erzählt, die mit dieser Behauptung im Widerspruch steht. Er hat gesagt, nur deshalb habe man sich mit den Genossen draußen nicht in Verbindung gesetzt und Geheimhaltung beobachtet, weil man wisse, daß in der Partei verantwortungslose Existenzen vorhanden sind, die hinausgegangen wären und der Partei Knüppel gegen die Beine geworfen hätten. (Sehr richtig!) Wenn so etwas auf dem Spiele steht, haben wir noch viel mehr Grund, gegen solches undemokratisches Verhalten zu protestieren. Wir wenden uns gerade dagegen, daß man sich nicht bestrebt hat, die Zeit zu gewinnen, um auch mit denjenigen Genossen zu sprechen, die seit Jahrzehnten den erbitterten Kampf gegen den Freisinn führen. Also das Geheimhalten war nötig, um sich vor den verdammten unverantwortlichen Radikalen zu schützen. Da weiß ich wirklich nicht, was ich sagen soll, und was ich zu Hause meinen Genossen und den Wählern im Gebirge sagen soll. Man hat bestritten, daß es sich um prinzipielle Bedenken handle, es sind aber doch welche vorhanden. Ein Stichwahlabkommen an und für sich auf Leistung und Gegenleistung begegnet, hat keine prinzipielle Bedenken, aber hier handelt es sich um kein

solches Abkommen, sondern um einen Handelsvertrag, bei dem dem Freisinn die Meistbegünstigung eingeräumt wird. Und das halten wir nicht für eine gesunde Erscheinung. Im Interesse der Arbeit, die wir draußen täglich zu leisten haben, ersuche ich Sie, gegen ein solches Stichwahlabkommen mit diesem ungeheuerlichen Anhängsel der Dämpfung zu stimmen. Sorgen Sie dafür, daß dergleichen nicht mehr vorkommt, dann sichern Sie uns unsere Arbeit und dienen der Propaganda mehr, als dadurch, daß Sie mit Hilfe der freisinnigen Pufferpartei, die Sie sich künstlich erhalten können, im Parlament kleine Gesetze herausschlagen. Ich erkenne diese kleine Arbeit für die Arbeiterschaft durchaus an, aber wenn es nicht anders möglich ist, Gott, dann warten wir noch eine Reichstagswahl oder die andere, bis wir die Mehrheit oder eine größere Zahl sozialdemokratischer Abgeordneten durch eigene Kraft bekommen. Wir brauchen die Revolutionierung und Umwälzung des Staates nicht übers Knie zu brechen. (Schallende anhaltende Heiterkeit.) Es kommt nicht darauf an, ob wir noch zwei Wahlperioden länger warten. (Erneute lebhafte Heiterkeit.) Die Hauptsache ist, daß die Zahl der Abgeordneten im Einklang steht mit der Ueberzeugungsstärke des Proletariats.

Dr. Laufenberg-Hamburg: Die Rede Scheidemanns war ja zweifellos sehr geschickt. Der Neid muß ihm lassen, daß er auf dem Parteitag große Wirkung erzielt hat. Gleichwohl hätte ich unter den oratorischen Redewendungen Scheidemanns manche gern vermißt. (Sehr gut!) Vor allen Dingen den Cohn mit dem Fahnenband, die spekulative Verwendung gewisser kleiner Entgleisungen, die sich hier oder da in der Parteipresse bemerkbar gemacht haben, und anderes. (Erneute Zustimmung.) Es ist nicht zu verkennen, daß der Parteivorstand bei Abschluß des Stichwahlabkommens sich in schwieriger Lage befand. Die Hauptwahl endete zwar mit der Niederlage des schwarzblauen Blocks, aber es bestand doch die Gefahr, daß dieser nicht in dem Maße geschwächt wurde, wie es nach Lage der Sache möglich gewesen wäre, eine Wirkung der heutigen Wahlkreisgeometrie im Reiche und der Zerrissenheit des deutschen Liberalismus. Ich bin mit Scheidemann einverstanden, wenn er sagt, daß man die Zahl der Mandate nicht als nebensächlich betrachten möge, daß maßgebend für die Führung unseres Wahlkampfes sein mußten die grundsätzlich demokratischen Gesichtspunkte, wobei ich nur bitten möchte, die sozialistischen nicht zu übergehen. (Sehr gut!) Gewiß galt es, die Absicht der Gegner zu durchkreuzen, die Rückkehr des schwarzblauen Blocks zu verhindern, und unter diesem Gesichtswinkel haben wir in Hamburg gegen den Abschluß eines Stichwahlabkommens nichts einzuwenden, vieles aber gegen die Dämpfung. Scheidemann wies hin auf die Erpressertaktik der Konservativen gegenüber den Freisinnigen. Jene hätten den großen Trumpf in der Hand gehabt, für die Sozialdemokraten in einigen Kreisen zu stimmen, daß wir nicht aus schäbigen Wahlmanövern Vorteil ziehen könnten. Ich weiß nicht, ob diese Bemerkung ein Kompliment für unsere neuen „Verbündeten" ist. Es will mich bedünken, als sei das eine scharfe Konstatierung der Waschlappigkeit des Freisinns, und wenn ich zu den politischen Köpfen der Partei gehörte (Sehr gut!), würde ich mich doch bedenken, eine derartige Charakterisierung zur Grundlage parlamentarischer Koalitionen zu machen. Es ist richtig, der Reichstag ist nicht ohnmächtig. Bei der Entstehung des Reichstages trieben wohl reaktionäre Gesichtspunkte ihr Spiel, doch bleibt bestehen, daß ihm in gewissen Grenzen politische Macht übertragen ist. Die Meinung Pannekoeks ist irrig, daß sich in Deutschland Massenaktionen unter Zurückstellung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen führen ließen. (Zuruf.) So, wie die Dinge bei uns in Deutschland geschichtlich entstanden sind, können Massenaktionen nur durchgeführt werden, wenn sie auf unseren Organisationen

fußen. Auch halte ich das Stichwahlabkommen nicht für einen Schritt in der Richtung auf eine revisionistische Taktik. Soweit es auf die Liberalen ankommt, haben wir die Bewegung innerhalb des Liberalismus zu beobachten und vorwärtszutreiben. Es scheint mir unzweifelhaft, daß sich im liberalen Lager gegenwärtig eine Schwenkung und Verschiebung vollzieht. Die Schichten, die früher dem Liberalismus das Gepräge gaben, fangen an, in bedenklichem Maße konservativ zu werden, sind vielfach bereits konservativ geworden. Daneben kommen andere Schichten auf, die zunächst ihr politisches Glaubensbekenntnis in einem liberalen Programm erblicken. (Sehr richtig!) Es gehört dazu die Schicht der Privatangestellten, es gehören dazu die kleinkapitalistischen Kreise, nicht etwa die Handwerker der Stadt, die durchweg reaktionär sind, aber die kleinindustriellen Kreise, die von der heutigen Wirtschaftspolitik schwer bedrückt werden, es gehören dazu die klein- und mittelbäuerlichen Kreise, die bei der heutigen Wirtschaftspolitik ihre Rechnung nicht finden. Diese Entwickelung haben wir allen Anlaß, zu fördern, soweit es möglich ist. Das geschieht aber nicht durch Konzessionen an die Praxis des alten Liberalismus, an jene Taktik des kleineren Uebels, die wesentlich darin bestand, daß die Liberalen bei Stichwahlen in den Reichstag hineinzukommen suchten auf Grund von Bündnissen, die sie mit der Reaktion wider die Sozialdemokratie schlossen. Die Freisinnigen gaben keine positive, vielmehr eine negative Parole aus, betonten ihr Bündnis mit den Nationalliberalen. Auf diese formelle Seite will ich kein besonderes Gewicht legen, obwohl auch sie vom bürgerlichen Standpunkt ihre prinzipielle Bedeutung hat. Die schwerwiegendste Konzession an jene altliberale Praxis aber war die Dämpfung; und wenn wir die Entwickelung in liberalen Kreisen in der geschilderten Weise fördern, wenn wir die neuen Schichten vorwärtstreiben wollen gegen die alten, durfte die Dämpfung nicht erfolgen. Wenn ich die Wendung von der Ohnmacht des Reichstages nicht anerkenne, so teile ich doch auch nicht die optimistische Auffassung Scheidemanns von der Möglichkeit, im Reichstag gewisse Dinge zu verhindern. So, wie die Teuerung immer vorwärtsschreitet, die Entwickelung der Grundrente vor sich geht, angesichts der schweren Wucht, die jetzt schon auf dem Volke lastet, wird selbst die blauschwarze Mehrheit nicht daran denken können, bei einer Revision der Tarifpositionen für die Handelsverträge die Schutzzölle im allgemeinen zu erhöhen. Ich halte das für eine pure Unmöglichkeit. Die blauschwarzen Parteien haben in der Richtung alles, was sie wünschen können, zumal sie ja die volle Wirkung der internationalen wie der besonders großen nationalen Teuerung durch gesetzliche Spezialmaßnahmen in vollem Umfange zur Wirkung zu bringen sich ermöglicht haben. Die Entwickelung der bürgerlichen Welt, ihre Sammlungskämpfe vollziehen sich in der Sammlung wider das Koalitionsrecht. Ich kann diesen Gedanken nicht mehr ausführen, weil ich gemahnt werde, daß meine Redezeit abgelaufen ist. Aber ich möchte doch andeuten: in diesem Kampf, in dem die Großindustrie im Vordergrunde steht, die Junker erneut sich als die geschworenen Feinde des Koalitionsrechts entpuppen, hat auch das Zentrum, wenn es den sich verbreiternden Gegensatz zwischen Stadt und Land in seinen bürgerlichen Schichten überbrücken will, kein anderes Mittel, als diesen Weg zu beschreiten. In dieser für die Folge maßgebenden Beziehung sind die Fortschrittler genau so unsichere Kantonisten, wie die Liberalen überhaupt. (Sehr richtig!) Die Partei hat deshalb alle Veranlassung, ihre Wahlkämpfe, auch die Stichwahlkämpfe, mit möglichster Entschiedenheit zu führen und dafür zu sorgen, daß nichts geschieht, was die Energie unseres Klassenkampfes schwächen, Verwirrung in die Reihen der Arbeiter tragen kann. Auch von diesem Gesichtspunkte aus hätte die Dämpfung nicht erfolgen dürfen.

Scholich-Breslau: Wer die bisherigen Redner gehört hat, muß zu der Ansicht kommen, daß der Parteivorstand ganz isoliert dasteht. Mit Ausnahme des letzten Redners waren es wohl alles Vertreter von Wahlkreisen, die von der sogenannten Dämpfung betroffen wurden und man kann es deshalb begreifen, daß sie sich in scharfer Form gegen das Abkommen wenden. Auch in dem zu meinem Bezirke, den ich als Sekretär zu bearbeiten habe, gehörigen Kreise Liegnitz waren die Genossen nicht gerade erfreut darüber, daß sie dämpfen sollten. Wer die Verhältnisse kennt, wird mir zugeben, daß das für die Genossen dieses Kreises bedeutend schwerer war, als in anderen Kreisen, denn dort kandidierte der bekannte Stadtrat Fischbeck, und wer dann weiter den politisch verlumpten Freisinn im Liegnitzer Kreise kennt, dann wird man verstehen, daß es sehr schwer war, bei dem Abkommen ruhig zu bleiben und Disziplin zu üben. Aber trotzdem haben unsere Genossen, als sie sahen, um was es sich handelt, selbstverständlich Disziplin halten wollen, und erst dadurch, daß der Liegnitzer Freisinn selbst ausdrücklich erklärt hat, daß er mit dem Vorgehen seines Vorstandes und seines eigenen Kandidaten nicht einverstanden ist, sagten unsere Genossen: nun hört jede Rücksicht auf. Diejenigen Genossen, die da glauben, daß vielleicht ihr Wahlkreis ohne das Abkommen geholt worden wäre, sollten nicht vergessen, daß die Situation gerade durch das Abkommen eine ganz andere geworden war. Die Konservativen standen in diesen Kreisen mit Gewehr bei Fuß. Ja, noch mehr! Im Liegnitzer Kreise hat einer unserer schärfsten Junker, ein Rittergutsbesitzer, auf seine Kosten ein Flugblatt drucken und verbreiten lassen, worin aufgefordert wurde, auf keinen Fall eine Stimme für den Liberalen abzugeben. Der Liberale wurde als viel niederträchtiger hingestellt wie der Sozialdemokrat. Das bedeutet doch in der Praxis nichts anderes als eine Unterstützung unseres Kandidaten. Wäre die Situation aber so gewesen wie 1907, und wäre es nach dem Wunsch und Willen der Regierung gegangen, dann wären die bürgerlichen Parteien vereint gewesen und dann hätten die Genossen sich einmal umsehen sollen, wie weit sie gekommen wären und wie dann die Stimmenzahl unserer Gegner ausgesehen hätte. Genosse Schiller ist Redakteur der „Bergwacht" in Waldenburg. Ich habe mich damals gewundert, daß die „Bergwacht" von dem Stichwahlabkommen keine besondere Notiz nahm, obwohl sie in ihrem Verbreitungsbezirk zwei Wahlkreise hatte, die zu holen waren und bei deren einem es galt, ihn einem unserer erzreaktionärsten Junker, dem Freiherrn v. Richthofen, wegzunehmen, ich meine Schweidnitz-Striegau. Wenn er trotzdem geholt worden ist, so hat leider die „Bergwacht" daran kein großes Verdienst gehabt. Sie mußte ganz anders auftreten, sie mußte sich sagen, wir wollen das holen, was zu holen möglich ist, und das Unmögliche, den Wahlkreis Hirschberg, wollen wir lassen. Da durfte man die Person nicht so vor die Sache stellen. Ich habe mich gewundert, daß Schiller erst heute hier erklärt hat, daß ihm das Abkommen geschadet habe, während er auf der Konferenz der Pressevertreter und Bezirkssekretäre bald nach der Reichstagswahl in Berlin, an der er teilnahm, nichts gegen das Abkommen eingewendet hat. Von den 35 Kreisen in Schlesien wurden wie gesagt zwei von der Dämpfung betroffen, Hirschberg und Liegnitz. Die Hirschberger Genossen mit und durch ihren Kandidaten Schiller wenden sich dagegen. In dem anderen Kreise hat man sich, wenn auch nach einigen Mühen, ohne weiteres damit einverstanden erklärt, allerdings haben die Genossen den Wunsch ausgesprochen, daß möglichst bei späteren Abkommen diese Dämpfungstaktik vermieden werde. Selbst wenn man auf dem Standpunkt steht, daß die Dämpfung nicht eine besonders glückliche Taktik war, so kann man doch unmöglich sagen, der Parteivorstand hat die Sache nicht richtig angefaßt, weil er die Dämpfung mit hineingebracht hat. Scheidemann sagte ganz richtig, daß außerordentliche Verhältnisse auch außerordentliche Mittel bedingen. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, wird jeder, der objektiv die Frage beurteilt, und nicht als Vertreter eines Wahlkreises, die von der Dämpfung betroffen wurden, anderer Meinung sein muß, zugeben, daß der Parteivorstand in der damaligen Situation gar nicht anders handeln konnte. Ich möchte auch betonen, daß man draußen im Lande das Stichwahlabkommen sehr gut verstanden hat. Ich bin in zirka 10 bis 12 Wahlkreisen meines weiteren Bezirks gewesen und einmütig haben die Genossen betont, das Abkommen war nicht nur richtig, sondern direkt eine politische Notwendigkeit, und man hätte dem Parteivorstand Vorwürfe gemacht, wenn er in dieser Situation anders gehandelt hätte. Aber auch in den übrigen schlesischen Bezirken war man derselben Meinung, wie mir mitgeteilt wurde. Wir Schlesier werden ja manchmal von den Parteigenossen im allgemeinen nicht für voll betrachtet. Sehr zu Unrecht, denn gerade bei uns in Schlesien ist der Hauptsitz des schwarzblauen Blocks. In Schlesien hat er noch seine festesten und sichersten Burgen. Aus Schlesien kommen die Heydebrands, die Richthofen, sogar der Knuten-Oertel. Dort ist der Kampf bedeutend schwerer als anderswo und gerade dort hat man daher auch das Abkommen ganz besonders als richtig anerkannt. Im Auftrage der Mehrzahl der schlesischen Genossen kann ich daher auch ohne weiteres dem Parteivorstand das Vertrauen aussprechen, und die Genossen wünschen, daß bei ähnlichen Situationen auch später ebenso verfahren wird, wie es diesmal der Fall gewesen ist. (Große Zustimmung.)

Um 5¼ Uhr läßt Vorsitzender Noske darüber abstimmen, ob die Debatte heute noch fortgesetzt oder die Verhandlung auf morgen vertagt werden soll.

Der Parteitag beschließt die Vertagung auf Donnerstag früh 9 Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 19. September 1912. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender Noske eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr.

Die Aussprache über die Reichstagswahlen wird fortgesetzt.

Hierzu ist noch ein Antrag eingegangen von Lorenz und Stadthagen.

Der Antrag gilt als genügend unterstützt.

Pieck-Steglitz: Ich hätte zu der vorliegenden Materie mich nicht zum Worte gemeldet, wenn nicht Scheidemann eine Aeußerung von mir zitiert hätte, die ich in einer Berliner Parteiversammlung zum Stichwahlabkommen getan habe. Scheidemann hat es für notwendig gehalten, zur Würzung seiner teilweise sehr launigen Rede die Nennung meines Namens mit einem angeblichen, in Berlin nicht mehr neuen Witze zu verbinden. Den Anlaß dazu gab ihm ein Berliner Genosse, der, obwohl er wußte, daß ich diese Aeußerung getan habe, dennoch danach fragte, und der infolge seiner früheren emsigen Tätigkeit ebenfalls in Berlin einmal Trumpf gewesen ist. Seitdem er Mitglied des Reichstags geworden ist, verhält er sich freilich sehr still in Berlin.

Bei der von Scheidemann zitierten Aeußerung ist zu berücksichtigen, daß er zitiert nach dem Wortlaut eines „Vorwärts"-Berichtes und ferner, daß diese Aeußerung eine Antwort war auf eine überschwengliche Einschätzung des Erfolges des Stichwahlabkommens durch den damaligen Vorstandsverteidiger. Genosse Braun konnte sich damals nicht genug tun in der Lobpreisung der Zertrümmerung des blauschwarzen Blocks durch das Stichwahlabkommen und

der Vorteile, die sich daraus für die Arbeiterschaft ergeben würden. Er knüpfte große Hoffnungen an die gemeinsame Tätigkeit von Freisinn und Sozialdemokratie im Reichstage und meinte dem Sinne nach, daß die Arbeiterschaft um diese Vorteile kommen würde, wenn das Stichwahlabkommen nicht bestanden hätte. Daraufhin habe ich gesagt, daß ich an solche Prophezeiungen nicht glauben könne, daß sich die Braunschen Hoffnungen nicht erfüllen werden, weil einmal auf den Freisinn kein Verlaß sei und weil wir trotz unserer 110 Mandate im Reichstage nicht imstande sein würden, als Minderheit wesentliche Verbesserungen der politischen und wirtschaftlichen Rechte und der Lage der Arbeiter herbeizuführen. Deshalb sei es falsch, erst solche großen Hoffnungen bei der Masse zu erwecken. Eine Enttäuschung der Massen würde die notwendige Folge sein, weil es uns in der kurzen Zeit nicht gelingen würde, die Massen von dem wirklichen Einfluß einer parlamentarischen Minderheit zu überzeugen. Ich habe vor allem ernste Bedenken gegen das Mittel erhoben, durch das unsere Mandatsziffer gesteigert worden ist. Wenn ich dabei von einer künstlichen Erschacherung der Mandate gesprochen habe, so mag diese Bezeichnung nicht gerade angenehm klingen, aber es ist doch Tatsache, daß um die Mandate der Wahlkreise, die wir dem Freisinn abgetreten haben, und über die, in denen uns die Freisinnigen unterstützen sollten, gehandelt worden ist. Die Mandate dieser Kreise wurden also Handelsobjekte.

Es darf sich bei unserem Wahlkampfe nicht um die Erlangung von Mandaten um jeden Preis handeln, auch nicht um das Mittel der „Dämpfung". Ich denke dabei an die Worte Bebels, daß ihm 4 Millionen Stimmen und 50 Mandate lieber seien als 2 Millionen Stimmen und 100 Mandate. Darin liegt sicher keine Unterschätzung des Einflusses, den eine große Zahl von sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag ausüben kann, aber es soll damit zugleich ausgedrückt sein, daß Mandate nur auf dem Wege des politischen Kampfes erobert werden sollen.

Es handelt sich bei der Kritik des Abkommens nicht darum, daß ein Abkommen überhaupt abgeschlossen worden ist. Dagegen wird niemand etwas einzuwenden haben. Auch die Geheimhaltung wird man dem Parteivorstand unter den gegebenen Verhältnissen zugute halten können, weil er sich sagen mußte, daß das Abkommen eine Mißstimmung bei den Parteigenossen hervorrufen mußte und die vorzeitige Bekanntgabe der Dämpfungsklausel den ganzen Erfolg in Frage stellen konnte.

Es handelt sich bei der Kritik nur um die sogenannte Dämpfung, als dem eigentlichen Kern des Abkommens. Darüber, daß wir bei der Stichwahl durch gesteigerte Agitation versuchen müssen, recht viele Mandate herauszuholen, daß wir den Freisinn dort, wo wir ausgeschieden sind, gegen rechtsstehende Kandidaten unterstützen und daß wir ferner die Liberalen veranlassen müssen, im umgekehrten Falle uns zu unterstützen, und daß diese Verbindlichkeiten in einem Abkommen festgelegt werden, darüber besteht wohl kaum ein Streit in der Partei. Genosse Scheidemann hätte sich also einen Teil seiner Ausführungen ersparen können, ebenso die Hinweise auf die Artikel in der „Neuen Zeit". Diese Artikel sprachen sich nur für ein Abkommen überhaupt aus, keineswegs aber für eine Dämpfungsklausel. Auch die Gegner des Abkommens sind derselben Meinung wie der Parteivorstand, daß alle Kräfte daran gesetzt werden müßten, um eine möglichst große Zahl von Mandaten herauszuholen. Ob aber das Mittel, das der Vorstand dabei anwandte, das richtige war, darüber haben die Genossen nachträglich zu urteilen. Ich bin der Meinung, daß ein solches Mittel nicht angewendet werden durfte. Ob ich deshalb vom Parteivorstand als unvernünftig oder als politisch unklug bezeichnet

werde, das muß ich schon seiner gütigen Beurteilung überlassen. Es ist ja auch von anderen Genossen ein absprechendes Urteil über das Abkommen gefällt worden. Dem Genossen Ledebour hat Scheidemann von der Tribüne aus ein Lob für seine verständige Beurteilung der politischen Situation während der Stichwahl ausgesprochen, aber auch Ledebour ist gegen die Dämpfungsklausel. Auch Genosse Kautsky rät von der Wiederholung eines solchen Mittels ab. (Zuruf von Pfannkuch: Kautsky war aber dabei!) Ja, wenn er seine Zustimmung zur Dämpfungsklausel gegeben hat und hinterher zu einer anderen Beurteilung kommt, so zeigt das nur die Tatsache, daß er sich inzwischen überzeugt hat, daß es nicht vorteilhaft ist, ein solches Mittel anzuwenden. Der Widerspruch der Genossen im Lande wird auch den Parteivorstand hoffentlich zu der Ueberzeugung gebracht haben, daß die Sache nicht wiederholt werden darf. Auf die Dämpfung und auf nichts anderes kommt es also bei der Debatte an. Es wird keiner verkennen, daß sich der Parteivorstand in einer außerordentlich schwierigen Situation befunden hat, wenn solche Dinge in kurzer Zeit entschieden werden müssen. Genosse Scheidemann hat zugegeben, daß auch dem Parteivorstand die Dämpfungsklausel unangenehm gewesen sei. Daß es besser gewesen wäre, wenn sie nicht nötig geworden wäre, daß aber der Parteivorstand darauf eingehen m u ß t e, weil sonst das Bündnis nicht zustande gekommen wäre und die Liberalen zu den schwarzblauen Blockbrüdern gegangen wären. So handelt es sich letzten Endes um die Frage, ob der Parteivorstand gezwungen war, die Dämpfungsklausel in das Abkommen aufzunehmen. Wenn die Liberalen zu den Schwarzblauen gegangen wären, so hätte uns das sicher weniger Mandate eingetragen, aber ein solches Vorgehen der Freisinnigen hätte zugleich noch mehr dazu beigetragen, den freisinnigen Wählern aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen die Augen zu öffnen über das ganze oppositionelle Getue der Fortschrittlichen Volkspartei. Jedenfalls hätte diese Tatsache keineswegs zur Mehrung ihrer Anhänger in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten beigetragen. Der Freisinn befand sich also in der größten Not, wenn er zu uns kam, und wir hatten gar keine Ursache, ihm soweit entgegenzukommen, wie wir es getan haben. Es wäre müßig, darüber zu streiten, ob nicht die Freisinnigen auch ohne Dämpfungsklausel ein Abkommen mit uns hätten abschließen müssen, um sich überhaupt als Oppositionspartei im Reichstag zu erhalten.

Bei einem Votum des Parteitages über das Abkommen kann es sich nur darum handeln, zum Ausdruck zu bringen, daß die Dämpfungsklausel nicht gutgeheißen wird und daß wir vor allen Dingen Wahlbündnisse auf Grund solcher und ähnlicher Mittel nicht wollen. Die eingereichte Resolution bringt in mildester Form zum Ausdruck, was die Gegner des Stichwahlabkommens unter unseren Parteigenossen bewegt. Sie spricht nur das Bedauern darüber aus, daß die Dämpfungsklausel in dem Abkommen enthalten war. Sie bringt also eigentlich nur zum Ausdruck, was auch der Parteivorstand hier zum Ausdruck gebracht hat, der die Dämpfung ebenfalls bedauert. Ich protestiere gegen die Ansicht, als ob in dieser Resolution etwa eine Herabsetzung des Parteivorstandes läge. Man müßte ihn schon als unfehlbar bezeichnen, wenn man schließlich seine Handlungen hinterher nicht kritisieren dürfte.

Ohne Gespensterseherei zu betreiben, ist aber noch zu bedenken, daß die Dämpfungsklausel nur eine Etappe auf dem Wege ist, auf dem auch die Verteilung der Mandate zwischen uns und den bürgerlichen Linksparteien bereits vor der Hauptwahl liegt. Wenn die bayerischen Genossen bei ihren Landtagswahlen zu einem solchen Mittel gegriffen haben, so können sie fast dieselben Argumente dafür anführen, die Scheidemann zur Verteidigung der Dämpfung

anführte. Auch sie wollten dem Willen des bayerischen Volkes in der Zusammensetzung des Landtages zum Durchbruch verhelfen, sie wollten zwar keinen schwarzblauen Block zertrümmern, aber doch die klerikale Machtstellung brechen. Auch sie betrachten dieses Mittel als politische Notwendigkeit, als ein außerordentliches Mittel in außerordentlicher Situation, als ein Produkt des Wahlsystems und der klerikalen Taktik. Sie sehen, daß dieselben Argumente auch zur Verteidigung des bayerischen Landtagswahlabkommens mit den Liberalen angeführt werden können. (Zunehmende Unruhe. Vorsitzender Noske: Aber Genosse Pieck, ich muß Sie doch aufmerksam machen, daß das bayerische Abkommen nicht zur Debatte steht!) Ich will nur beweisen, daß die Dämpfung nur eine Etappe auf dem Wege ist, den die bayerischen Genossen betreten haben, die nur einen Schritt weiter als der Parteivorstand gegangen sind, indem sie bereits vor der Hauptwahl die Mandate verteilten. (Neue Unruhe und Zurufe: Sie haben ja keine Ahnung, keine blasse Ahnung von den bayerischen Verhältnissen!) Gewiß, die Verhältnisse sind andere und ich maße mir kein Urteil darüber an, aber die Argumente Scheidemanns laufen auf genau dieselben Argumente hinaus, wie sie die bayerischen Genossen für die Verteilung der Mandate vor der Hauptwahl gebrauchten. Ich bitte, nicht auf diesem Wege fortzuschreiten, sondern der Parteitag möge zum Ausdruck bringen, daß er die Anwendung solcher Mittel zur Erlangung von Mandaten nicht will. Möge der Parteitag der Resolution zustimmen und für die Zukunft Richtlinien für das Vorgehen bei den Stichwahlen ziehen.

Pappenheim-Eschwege: Ich habe mich zum Wort gemeldet, um auf das Verhältnis der Reichstagswahl bei uns in Eschwege zu der in Nordhausen einzugehen, über das ja schon Scheidemann gesprochen hat. Es ist von vornherein schon festgestellt worden, daß der springende Punkt, um den es sich eigentlich hier handelt, gar nicht das Stichwahlabkommen im allgemeinen ist, sondern die Dämpfung, die man bei dieser Angelegenheit vorgenommen hat. Zu dieser Dämpfungsfrage möchte ich sagen, daß soweit wir mit Angehörigen des schwarzblauen Blocks in Stichwahl standen, das Eintreten der Liberalen für uns, d. h. der fortschrittlichen Parteioffiziere für uns ja eine Selbstverständlichkeit gewesen ist, nachdem sie sich in ihren Redensarten gegen den schwarzblauen Block in einer Weise festgelegt hatten, die ihnen ein Zurücktreten oder ein Eingehen auf die Erpressungsversuche zur Unterstützung der schwarzblauen Parteien unmöglich machen mußte. Diese Unmöglichkeit bestand und das Eintreten der liberalen Parteiführer für die Schwarzblauen war für sie unmöglich geworden. Die Stellungnahme der liberalen Parteiführer beeinflußt ja bei den zerfahrenen Parteiverhältnissen der Fortschrittler in Kurhessen die Masse der liberalen Wählerschaft; ein Umstand, der beim Abschluß von Abkommen nicht vergessen werden darf. Es ist so hingestellt worden, als ob Cohns Wahl in Nordhausen zurückzuführen ist auf die Unterstützung, die wir von den Liberalen in unserem Wahlkreise erhalten hätten. Es kann aber keine Rede davon sein, daß die Liberalen für uns eingetreten sind. Der fortschrittliche Kandidat Dr. Ohr erhielt im ersten Wahlgange 5800 Stimmen und kam nicht in die Stichwahl. Von diesen liberalen Wählern haben 4300 den Antisemiten in der Stichwahl gewählt, also vier Fünftel. Das Stichwahlabkommen hat also auf die liberalen Wähler unseres Kreises gar keinen Einfluß ausgeübt, denn diesen Zuwachs hatten wir früher auch ohne Abkommen. Die Dinge liegen anders. Auch wenn die Liberalen mit uns in Stichwahl gekommen wären, hätten wir doch gesiegt. Selbst dann, wenn der Parteivorstand auch für unseren Kreis eine Dämpfung beschlossen hätte, wäre unser Kandidat gewählt worden. Denn es liegen da Verhältnisse vor, die von unseren Parteitheoretikern studiert werden müssen. Es handelt sich

da um die den antisemitischen Kreisen nachlaufenden Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden und ihre Stellung zum Liberalismus. In der Wahlagitation wurde uns schon vor der Hauptwahl von den Antisemiten, nicht nur von einzelnen Personen, sondern auch von Bürgermeistern, Kriegervereinsvorsitzenden usw. erklärt: „Wenn Sie (wir Sozialdemokraten) mit dem Liberalen in die Stichwahl kommen, dann wählen wir (die Antisemiten) Mann für Mann den Sozialdemokraten.“ (Hört! hört!) Die Antisemiten wählen bei uns genau so wie in Nordhausen und in einer ganzen Reihe hessischer Wahlkreise viel lieber den Sozialdemokraten als den Liberalen. (Hört! hört!) Die ganze Erziehung, die sie durch den Bund der Landwirte erhalten, dessen Kampf sich mehr gegen die Liberalen als gegen uns richtet, führt dieses Verhältnis herbei. (Hört! hört!) Nun noch eins, woran der Parteivorstand nicht schuld ist. Eine Verbreitung des beim Stichwahlabkommen vereinbarten Aufrufs der Liberalen war in der regelmäßig erscheinenden Presse des Wahlkreises nicht möglich. Die bürgerlichen Blätter weigerten sich bis auf wenige Ausnahmen, selbst diesen negativen Wahlaufruf der Fortschrittlichen Volkspartei zu verbreiten. Die Fortschrittler hätten nach dem Stichwahlabkommen für uns eintreten müssen. Die fortschrittliche Kreisleitung berief aber zwischen Haupt- und Stichwahl eine Generalversammlung ein und diese empfahl den Wählern keine bestimmte Parole, sondern jeder solle selbst entscheiden. Es besteht also ein direkter Gegensatz zwischen der bürgerlichen Parteileitung im Kreise und der Parteileitung in Berlin. Das sind Zustände, wie sie nur bei den Liberalen möglich sind. Um die Sache auf die Spitze zu treiben, haben liberale örtliche Parteiorganisationen in den Kreisblättern und durch Flugblätter im Kreise einen Beschluß verbreitet, der besagte, daß die Liberalen Mann für Mann den Antisemiten wählen sollten. In Berlin beschließt also der liberale Parteivorstand ein Stichwahlabkommen, nach dem wir unterstützt werden sollen, und im Wahlkreise setzen sich einzelne Orte hin und beschließen das Gegenteil. Diese gegenteilige Erklärung ist selbstverständlich in den bürgerlichen Blättern des Kreises aufgenommen worden, während die andere verweigert wurde. Unser Parteivorstand kann natürlich nichts für diese Zerfahrenheit im bürgerlichen Lager, weil ja die liberalen Leute in Berlin auf — ihre eigenen Angehörigen keinen Einfluß haben. Also haben derartige Abkommen, abgesehen von den theoretischen Gründen, die dagegen sind, auch in Praxis einen Haken. Wir bitten um Annahme der Duisburger oder Elberfelder Resolution, damit der Parteivorstand eine Richtschnur hat und sich vor solchen Stichwahlabkommen in Zukunft hütet.

Vorsitzender **Noske**: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Es sind noch 24 Redner gemeldet. (Hört! hört! und Unruhe.)

Für den Schluß spricht niemand, gegen den Schluß Dr. **David**.

Der Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Otto **Braun**-Berlin: Pieck hat auf die Ausführungen hingewiesen, die ich in diesem Frühjahr in der Generalversammlung von Groß-Berlin gemacht habe, er hat gesagt, ich hätte in der Versammlung ausgeführt, daß man sich von dem Zusammenarbeiten mit den Freisinnigen Großes versprechen könne. Ich habe nach dem fast stenographischen Bericht des „Vorwärts“ in meiner Rede nur einmal von einem Zusammenarbeiten mit den Parteien der Linken gesprochen, und zwar habe ich gesagt: „Der Parteivorstand hat in keinem Stadium der Verhandlungen über das Abkommen daran gedacht, daß er dadurch einen Block der Linken schaffen werde, selbst von einer zeitweiligen Arbeitsgemeinschaft ist bei den Verhandlungen mit keinem Worte gesprochen worden. (Hört! hört!)

Allerdings waren wir der Ansicht, wenn es gelang, durch das Abkommen den schwarzblauen Block zu zertrümmern, uns eine möglichst hohe Mandatszahl zu sichern und die Fortschrittler von der Rechten vollständig loszureißen, so würde das auf die politische Konstellation im Reiche nicht ohne Einfluß bleiben." Das ist das einzige, was ich in bezug auf diese Angelegenheit gesagt habe. Ich weiß nicht, wie Pieck da herauslesen kann, daß ich mir von dem Zusammenarbeiten mit den Freisinnigen große Dinge versprochen habe.

Wels-Berlin: Pieck sagte, Scheidemann habe die Gelegenheit zu einem Witz gegen ihn durch einen Zwischenruf erhalten, den ein Berliner Genosse gemacht habe. Das ist richtig, der Genosse bin ich gewesen. Ich habe aber den Zwischenruf nicht gemacht, um meine Neugier zu befriedigen, sondern um dem ganzen Parteitag die Kenntnis zu übermitteln. Wenn er weiter sagte, daß ich selbst in Berlin einmal Trumpf sein wollte, so will ich ihm sagen, daß diese Absicht bei mir nicht vorhanden gewesen ist. Wenn er aber daran die Aeußerung knüpfte, ich sei stiller geworden, so ist das eine Täuschung, die mir verständlich erscheint, die aber nur darauf zurückzuführen ist, daß Pieck noch nicht lange in Berlin ist und daß bei seiner überragenden Person alle anderen naturgemäß in den Hintergrund treten müssen. (Stürmische Heiterkeit.)

Vorsitzender **Noske**: Es ist folgende Erklärung eingegangen:

„Die unterzeichneten Delegierten des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg können sich mit den Ausführungen des Genossen Pieck zum Stichwahlabkommen nicht einverstanden erklären. Um keinen Irrtum aufkommen zu lassen, teilen sie dem Parteitage mit, daß Genosse Pieck nicht von Bremen, sondern von Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg delegiert ist. Mohs, Frau Röhl, Frau Böhm, Thurow."

Wicklein-Nordhausen: Scheidemann hat den Nordhäuser Genossen den Vorwurf gemacht, daß sie mit Hilfe der Antisemiten grundsätzliche Politik getrieben hätten. Er hat dafür absolut keinen Beweis. Es wäre auch besser gewesen, er hätte gesagt, um was es sich im Falle Nordhausen handelt, anstatt in einer Art und Weise über unseren Wahlkampf zu sprechen, die den Gegnern nur Material bieten. (Zuruf: Das ist nicht persönlich!) Ja, aber erst das Wort abschneiden und dann —

Vorsitzender **Noske**: Das war keine persönliche Bemerkung.

Wiehle-Nordhausen: Scheidemann hat gestern den Kreis Nordhausen angegriffen und erklärt, daß das Mandat nur durch die Antisemiten gewonnen sei. Er hat aber nicht gesagt, welche Folgen das für die einzelnen leitenden Personen in Nordhausen gehabt hat. Ich möchte nur auf eins aufmerksam machen. (Noske: Sie dürfen eine persönliche Bemerkung nur machen, wenn Sie auf Ausführungen antworten wollen, die gegen Ihre Person gerichtet sind.) Gewiß, die Ausführungen von Scheidemann waren ja gegen uns gerichtet. (Noske: Ich kann mich nicht erinnern, daß Scheidemann Ihren Namen genannt hat.) Dann will ich nur noch darauf hinweisen, daß sich Scheidemann selbst desavouiert hat, er hat in Jena eine andere Parole ausgegeben, die lautete: . . .

Vorsitzender **Noske**: Das ist nicht persönlich!

Pieck: Zu der Berichtigung von Braun habe ich nur zu bemerken, daß der „Vorwärts"bericht in seiner Aufmachung nicht ganz der Stimmung entspricht, aus der heraus Braun seine Ausführungen gemacht hat. Wer die Generalversammlung in Groß-Berlin damals besucht hat, der wird finden, wenn er den „Vorwärts"bericht über die Ausführungen des Genossen Braun durchliest, daß dieser nur einen ganz nüchternen Eindruck gegenüber der Lobpreisung macht, die Braun damals über den Erfolg des Stichwahlabkommens angestimmt hat. Dem Genossen Wels habe ich nicht den Vorwurf gemacht, daß er Trumpf sein wollte, sondern ich habe gesagt, daß er infolge seiner früheren emsigen Tätigkeit Trumpf war in Berlin. Zu der Zensur, die hier soeben von einigen Teltower Delegierten meinen Ausführungen erteilt worden ist, möchte ich nur sagen, daß diese Genossen gar nicht kompetent sind, meine Rede vor dem Parteitag zu zensieren. Ich bin von der Kreisgeneralversammlung gewählt worden, obwohl den Genossen meine Stellung zum Stichwahlabkommen bekannt war; ich habe mich also nur vor der Kreisgeneralversammlung zu verantworten. Die Genossen haben gar kein Recht zu einer solchen Erklärung; es ist eine Anmaßung von ihnen.

Feller-Teltow-Beeskow: Obwohl unter der Erklärung aus Teltow-Beeskow meine Unterschrift nicht steht, und zwar aus dem Grunde, weil ich nicht anwesend war als Pieck sprach, erkläre ich, daß ich, nachdem mir mitgeteilt ist, was er gesagt hat, meine Unterschrift ebenfalls gegeben haben würde. (Hört! hört! und Heiterkeit.)

Otto **Braun**: Wenn Pieck nur gesagt hätte, daß auf der Generalversammlung in Groß-Berlin die Stimmung eine andere gewesen ist, so hätte ich keine Gelegenheit genommen, darauf zu erwidern. Er hat aber erklärt, ich hätte in Berlin ausgeführt, daß ich das und das von den Freisinnigen erwarte. Ich habe ihm nachgewiesen, daß das nicht der Fall ist, und ich hätte erwartet, daß er offen erklärt hätte, daß er sich geirrt hat. Das wäre loyal gewesen. (Sehr richtig!) Welche Beweggründe ihn geleitet haben, habe ich nicht vernommen, aber ich kann Pieck sagen, daß ich damals bei der Verteidigung des Abkommens in sehr guter Stimmung gewesen bin, wie auch heute noch. (Große Heiterkeit.)

Hiermit sind die persönlichen Bemerkungen erledigt.

Das Schlußwort erhält

Scheidemann: Die Ausführungen der Genossen aus Nordhausen kann ich mit dem einen Satze abtun, daß sie mir Aeußerungen unterstellt haben, die ich gar nicht gemacht habe. Ueber des Genossen Pieck Rede glaube ich zur Tagesordnung übergehen zu können nach den Erklärungen, die hier abgegeben worden sind, namentlich aber nach den Feststellungen von Braun. Ich bedauere sehr den Schluß der Debatte. (Sehr richtig!) Denn die Ausführungen waren großenteils recht einseitiger Art. Es ist ja verständlich, daß die Genossen, die mit dem Liberalismus zu tun haben, gleichviel woher sie kommen, immer der felsenfesten Ueberzeugung sind, daß gerade sie mit der schlimmsten Art des Liberalismus zu tun haben. Das ist meistens so: der Gegner, mit dem man zu tun hat, ist der abscheulichste, und gemeingefährlichste. Dem Genossen Cohn gegenüber bin ich in einer schweren Lage. Er ist ein geschickter Advokat, und ich bin seit einem Jahre nur noch ein Bureaukrat. (Große Heiterkeit.) Er ist mir also über. Aber er hat mir unrecht getan. Es ist mir durchaus nicht eingefallen, über seinen Namen Witze zu machen. Sollte durch einige Wendungen dieser Anschein erweckt worden sein, so erinnere ich Sie an die Tatsache, daß ich von den mehr als 29 Jahren, die ich jetzt in der Partei bin, beinahe 20 Jahre lang im Spezialkampfe gegen den Antisemitismus gestanden habe. Meine Tätigkeit, besonders in Hessen, sollte mich davor schützen, daß man mir antisemitische Neigungen unterstellt. Cohn hat in sehr geschickter Weise die Dinge zu verschieben verstanden; er hat weniger über meinen sachlichen Nachweis, daß das Stichwahlabkommen nur möglich war, indem wir die Dämpfung mitschluckten, geredet, als vielmehr darüber, wie schlimm die Freisinnigen gerade in Nordhausen sind. Das nehme ich ihm nicht besonders übel; aber die Situation ist dadurch wesentlich verschoben worden. Ich habe nicht, wie es

nach der Rede des Genossen Cohn den Anschein erwecken mußte, das, was ich über die Agitation der Kriegervereine gesagt habe, etwa aus Wahlakten entnommen, sondern ich habe ausdrücklich gesagt, daß wir in der Presse gelesen haben, wie es da zugegangen sein soll. Ich bin natürlich nicht in der Lage, alle Mitteilungen der Presse auf ihre absolute Richtigkeit zu kontrollieren. Bestimmt habe ich nur gesagt, daß, wenn die Dämpfung nicht zustande gekommen wäre, Kriegervereinler und Antisemiten wohl unter keinen Umständen für einen sozialdemokratischen Kandidaten ins Feuer gegangen wären. Dann hat Genosse Cohn sehr übertrieben, wenn er von einem „Totschlagen der Organisation" gesprochen hat. Als ob durch unser Abkommen die Organisation in Gefahr geraten wäre! Sonst hören wir immer, daß die Massen viel klüger sind als die sogenannten Führer und immer das Richtige finden, und nun sollen auf einmal die Massen, weil sie irre geworden sind oder aus lauter Bosheit der Organisation entfliehen? Natürlich kann davon gar keine Rede sein. Die Dämpfung ist angegriffen worden, aber keiner von allen Genossen, die dagegen gesprochen haben, hat uns gesagt, wie wir es anders hätten machen sollen. (Lebhafte Zustimmung. Ein Zuruf: Ablehnen!) Wer da sagt „ablehnen", der hat immer noch nicht verstanden, um was es sich damals gehandelt hat. (Sehr wahr!) Ich habe doch gestern ausgeführt, in welcher Situation wir standen. Das Volk hatte am 12. Januar klar und deutlich bekundet, was für einen Reichstag es haben wollte; am 13. Januar aber gingen schon die Fälschungsversuche und Betrügereien der Volksfeinde los. Das Volk wäre betrogen worden, wenn wir mit unserem Abkommen nicht dazwischen gekommen wären. (Sehr richtig!) Glauben Sie denn, wir wären den Freisinnigen gegenüber in einer besonders angenehmen Situation gewesen? Nein, nach der Parole, die wir in Jena ausgegeben hatten, waren wir das nicht. Die Freisinnigen kannten doch die Jenenser Resolution; sie wußten, daß wir durch einen Parteitagsbeschluß gefesselt waren, und daß wir selbst dann für sie stimmen mußten, wenn sie im übrigen mit der Reaktion verhandelten. (Sehr wahr!) Das muß man doch berücksichtigen. Im übrigen bin ich der Meinung daß meine schöne Rede so überzeugend hätte sein müssen, daß gar keiner von Euch hätte dagegen reden sollen. (Stürmische Heiterkeit.) Ich habe mir die größte Mühe gegeben, Euch alle zu überzeugen, und nun gibt es doch noch Genossen, die es nicht glauben wollen. (Erneute Heiterkeit.) Ich habe dem, was ich gestern in ausführlicher Weise vorgetragen habe, nichts mehr hinzuzufügen. Ich meine aber auch, das hätte vollständig genügen müssen. Ich habe nachgewiesen, daß wir glaubten im Interesse der Arbeiterklasse, besonders auch im Interesse der Partei zu handeln, und daß wir so handeln mußten, wie wir gehandelt haben. (Sehr richtig!) Deshalb wäre es falsch, wenn Sie eine Resolution annehmen wollten, die eine bestimmte Klausel des Abkommens bedauert. Wir brauchen aber auch keine Resolution, durch die es ausdrücklich gebilligt wird. Warum müssen wir immer Resolutionen annehmen? (Sehr richtig!) Wir verdienen kein Lob, denn wir haben nur unsere Pflicht und Schuldigkeit getan, wir verdienen aber auch nicht den leisesten Tadel; deshalb bitte ich Sie, über alle Resolutionen zur Tagesordnung überzugehen. (Bravo!)

Der Parteitag geht über die zu diesem Punkte vorliegenden Resolutionen und Anträge mit großer Mehrheit zur Tagesordnung über.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Unter Abänderung der Tagesordnung wird mit Rücksicht auf einen Wunsch des Referenten der Punkt

Bergarbeiterschutz

vorweggenommen.

Hierzu liegt die Resolution 199 vor:

Referent Hue: In den letzten Monaten haben sich die Grubenunglücksfälle in einer solchen Weise vermehrt, daß die Oeffentlichkeit wohl oder übel Notiz davon nehmen mußte. Es müssen abermals Erörterungen gepflogen werden, wie der Schutz der Bergarbeiter verbessert werden kann. In den letzten Wochen haben sich mehrere größere Katastrophen, die zahlreichen, im Falle „Lothringen" sogar über 100 Arbeitern das Leben gekostet haben, ereignet. Größere Grubenunfälle ereigneten sich außerdem auf Zeche „Osterfeld" bei Oberhausen, „Alma" bei Gelsenkirchen, „Segen Gottes" in Niederschlesien, „Westend" bei Duisburg und vorgestern hat auch im Staßfurter Salzbergwerk eine schwere tödliche Explosion stattgefunden. Es ist unzweifelhaft, daß diese Häufung der Katastrophen in einem ursächlichen Zusammenhang mit der stürmischen Hochkonjunktur in der Industrie steht. Wenn eine Massenkatastrophe sich ereignet und die sozialdemokratische Presse kritische Bemerkungen daran knüpft, so wird uns von der Werkspresse und auch von der Regierungspresse erklärt: „Grubenkatastrophen können wir nicht alle verhindern, das wird auch im sozialdemokratischen Zukunftsstaat nicht möglich sein." Dieses Mätzchen ist kennzeichnend für den Charakter der Leute, die es verbreiten.

Wir haben niemals behauptet, daß es möglich sei, alle Grubenunglücke zu beseitigen. Was wir behauptet haben und was nachweisbar ist, das ist, daß durch eine gründliche Reform der Betriebseinrichtungen und der Betriebsmethode die Menge der Verunglückungen im Bergbau ganz bedeutend zu vermindern ist. Seit August Bebel auf dem Arbeitervereinstag in Gera 1867 die Bergarbeiterverhältnisse anläßlich des Grubenunglücks bei Lugau, bei dem 100 Menschen zu Tode kamen, und dann in besonders eindringlicher Weise Liebknecht 1880 im sächsischen Landtag das große Grubenunglück bei Zwickau besprach, haben wir immer wieder von den Grubeninteressenten hören müssen: „Es ist nicht mehr zu tun für Bergarbeiterschutz; alles, was geschehen kann nach menschlichem Ermessen, ist geschehen." Was sehen wir heute? Wir haben heute die Erfahrung, daß gerade diejenige Unglücksursache, die den Bergbaugefahren nach außenhin ihr Gepräge gibt, die tödliche Schlagwetterexplosion, ganz bedeutend vermindert worden ist. Als Liebknecht und Bebel vor 35 und 40 Jahren über diese Unglücksursache sprachen, da waren jährlich zwei bis drei pro tausend Bergleute durch Schlagwetter tödlich verunglückt im sächsischen Bergbau. Jetzt haben wir in manchen Jahren überhaupt keine tödlichen Schlagwetterunfälle im sächsischen Bergbau zu verzeichnen gehabt. Während vor 30 bis 40 Jahren im preußischen Bergbau oft zwei bis drei Bergarbeiter pro Tausend durch Schlagwetterunfälle tödlich verunglückten, kamen hier in dem Jahrzehnt 1901 bis 1910 nur noch 0,25 tödliche Verunglückungen durch Schlagwetter vor. Es ist wesentlich, festzuhalten, daß es überhaupt falsch ist, die Gefährlichkeit des Bergbaues, die Gefährdung des Bergarbeiterlebens nach den Massenkatastrophen zu beurteilen. In den letzten vier Jahren sind im deutschen Bergbau durch Grubenunglücke sofort getötet worden 7059 Menschen. (Hört! hört!) Von diesen sind nur 408, also 5 bis 6 Proz., bei Massenkatastrophen getötet worden. Das ist von großer Wichtigkeit, weil sich nur an diese Massenkatastrophen in der Regel eine öffentliche Erörterung knüpft und man danach Hilfsaktionen in die Wege leitet. Aber um die vielen, vielen Tausende, die einzeln getötet werden, von denen täglich 3 bis 4 im deutschen Bergbau ihr Leben lassen müssen, die vielen einzelnen Menschen, die unter brechendem Gestein und stürzenden Kohlen ihr Leben aushauchen müssen, um die kümmert sich kaum eine Lokalblattnotiz. (Sehr wahr!) Darauf kommt es aber an. Ich werde gleich zeigen, in welch ungeheurer Zahl gerade solche Unglücksfälle vorkommen. Nur wenn Dutzende oder über hundert Bergmannsleichen zutage geschafft